Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/680
03.07.2019

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

39. Sitzung (öffentlich)

3. Juli 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:00 Uhr bis 15:20 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkt:

Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreissteigerungen entgegentreten: Kohleverstromung erhalten. **3**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5075

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

* * *

Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreissteigerungen entgegentreten: Kohleverstromung erhalten.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5075

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

Vorsitzender Georg Fortmeier: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen zur heutigen Anhörung im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung. Begrüßen will ich die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer, Vertreter der Landesregierung und natürlich Medienvertreter, soweit anwesend. Seien Sie uns alle herzlich willkommen. Ganz besonders begrüße ich die Sachverständigen zu unserem heutigen Beratungspunkt.

Der Antrag wurde vom Plenum des Landtages von Nordrhein-Westfalen am 20. Februar zur alleinigen Beratung an unseren Ausschuss überwiesen.

Am 13. März haben wir beschlossen, diese heutige Anhörung durchzuführen.

Ich bedanke mich bei den Sachverständigen dafür, dass sie da sind, aber auch dafür, dass sie im Vorfeld schon Stellungnahmen abgegeben haben.

Sie dürfen davon ausgehen, dass die Damen und Herren Abgeordneten Ihre Stellungnahmen zur Vorbereitung auf die heutige Sitzung gelesen haben. Wir starten direkt mit den Fragen zu Ihren Stellungnahmen.

Jede Fraktion darf pro Fragerunde maximal vier Fragen stellen. Das kann eine Frage an vier Sachverständige sein. Das können vier Fragen an einen Sachverständigen sein.

Wir starten natürlich mit der antragstellenden Fraktion der AfD. Dann geht es der Größe nach weiter, also CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen.

Christian Loose (AfD): Danke an die Gutachter für die ganzen Stellungnahmen, die Sie eingereicht haben. Das ist ein wichtiges Thema, das wir hier behandeln.

Ich möchte meine Frage kurz einordnen. Gestern stand in der „FAZ“ unter der Überschrift „Chaotische Zustände im deutschen Stromnetz“, es sei mehrmals zu chaotischen Zuständen gekommen. Die Rede ist von einer kritische Lage, von einem Absinken der Netzfrequenz. Die Systemsicherheit sei gefährdet.

Dazu ist meine Frage an Herrn Professor Dr. Alt: Inzwischen wird ja an wind- und sonnenreichen Tagen fast 100 % des Strombedarfs durch Wind- und Solaranlagen abgedeckt. Hier gab es ja wohl eine große Unterdeckung. Was hat denn das für Auswirkungen auf die Sicherheit der Stromversorgung?

Meine zweite Frage ist: Jetzt wird ja schon von Herrn Söder ins Gespräch gebracht, dass wir schon 2030 aussteigen können aus der Kohleverstromung. Ist ein früherer Ausstieg aus der Kohlestromerzeugung als 2038, wie von der Kohlekommission vorgeschlagen, machbar?

Dann noch zwei Fragen an Herrn Hennig: Ich hatte das ja gerade zitiert mit den chaotischen Zuständen im deutschen Stromnetz. Versorgungssicherheit kann doch eigentlich gar kein Problem sein, so hört man immer wieder. Es gibt jetzt seit Neuestem die Netzstabilitätsanlagen. Wenn es jetzt zukünftig bei schwankenden Strommengen aus Wind und Solar zu Engpässen kommt, weil Kohle und Atom abgeschaltet sind, springen dann wohl diese Netzstabilitätsanlagen an. Was ist denn besser bei diesen Anlagen gegenüber einem Kohlekraftwerk?

Bundeswirtschaftsminister Altmaier hat die Offshore-Windparks als Kathedrale der Energiewende bezeichnet. Inwieweit stellen diese Anlagen für unsere Energieversorgungssicherheit eine zusätzliche Chance dar oder sogar ein zusätzliches Risiko, das sogar ausschlagen könnte bis nach NRW?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Meine Damen und Herren, sehr verehrte Sachverständige, auch vonseiten der CDU-Fraktion herzlichen Dank für die eingegangenen Stellungnahmen und dafür, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen.

Ich habe eine erste Frage, die ich an Frau Rauser und Herrn Priggen richten möchte. Es geht um die Mitarbeit in der WSB-Kommission, in der Sie ja beide vertreten gewesen sind. Zumindest Frau Rauser schreibt von einem mühsam gefundenen gesellschaftlichen Kompromiss. Ich würde gerne bei Ihnen beiden nachfragen: Inwieweit sehen Sie diesen mühsam gefundenen Kompromiss jetzt so gefestigt, dass er unbedingt auch eins zu eins umgesetzt werden sollte und nicht mehr durch weitere und andere Ideen infrage gestellt werden sollte?

Eine Frage schließe ich an an Frau Rauser. Unter dem Stichwort „Versorgungssicherheit“ hieß es ja auch im WSBK-Bericht, gerade auf Drängen von NRW seien einige Vorkehrungen getroffen worden. Ich möchte Sie fragen, wie Sie diese Vorkehrungen einschätzen und für wie wirksam Sie die halten und was vielleicht darüber hinaus in punkto Versorgungssicherheit getan werden muss.

Die nächste Frage richte ich an Herrn Backs. Sie schreiben, dass gerade die energieintensive Industrie in Nordrhein-Westfalen besonders auf vernünftige Strompreise angewiesen ist. Sie gehen auch auf ein Instrument zum Ausgleich der zukünftig erhöhten Kosten der Stromerzeugung in Deutschland ein. Können Sie uns das noch einmal erläutern und vor allem welche Auswirkungen Strompreise auf energieintensive Unternehmen haben?

Frank Sundermann (SPD): Vielen Dank auch von der SPD-Fraktion, meine Damen und Herren, für Ihr Erscheinen hier und auch für die eingereichten Stellungnahmen, die sicherlich auch die Diskussion im Ausschuss bereichern werden.

Ich möchte Fragen stellen an Herrn Rendla von der IG BCE. Die erste Frage, die ich stellen möchte, ist, wie denn aus Sicht der Beschäftigten der Kompromiss der WSBK

aufgenommen worden ist und wie Sie die Folgen für die Beschäftigten dort einschätzen und wie Sie auch die Maßnahmen, die die WSBK aufgesetzt hat, einschätzen.

Die zweite Frage, die ich Ihnen gerne stellen möchte, ist: Wie sehen Sie die Verantwortung der betroffenen Unternehmen in dem weiteren Prozess, vor allen Dingen im Hinblick auf Investitionen auch in die Entwicklung der Kraftwerksstandorte? Wie sehen Sie dort die Verantwortung der Unternehmen gelagert? Wo sehen Sie im Prinzip die Eingriffsmöglichkeiten oder die Eingriffserfordernisse des Staates, des Landes, an dieser Stelle?

Eine dritte Frage, die ich an Sie stellen möchte, ist: Wie schätzen Sie die Bereitschaft der Beschäftigten ein, sich auf den technologischen Wandel und den Fortschritt, der dort ja nun im Rheinischen Revier Einzug halten wird, einzustellen und hier auch selber eine strukturierende, eine lenkende Funktion und auch eine gestaltende Funktion einzunehmen? Wie ist aus Sicht der IG BCE die Bereitschaft der Beschäftigten einzuschätzen? Wie sieht die IG BCE an dieser Stelle auch den Bedarf an Fortbildungsmaßnahmen, damit die Beschäftigten in diesem Transformationsprozess, der dort nun anläuft, auch mitgenommen werden und sich diesem Transformationsprozess am Ende auch erfolgreich stellen können?

Eine vierte Frage, die ich an Sie habe, ist: Halten Sie es für eine Option, zu negieren, dass Fortschritt und Innovationen für die Beschäftigten langfristig Sicherheit bringen?

Jörn Freynick (FDP): Bei den Sachverständigen möchte ich mich auch erst einmal im Namen der FDP-Fraktion herzlich dafür bedanken, dass sie heute hierhergekommen sind. Wir finden es sehr gut, dass wir im Rahmen dieser Anhörung mit Ihnen ins Gespräch kommen zu Ihren Stellungnahmen, die hier eingegangen sind und die wir gelesen haben.

Meine erste Frage geht sowohl an Herrn Rendla von der IG BCE als auch an Frau Rauser vom BDEW und knüpft an das an, was Christian Untrieser Sie auch gerade gefragt hat zu dem mühsam gefundenen Kompromiss in der Strukturkommission. Ich möchte Sie darum bitten, uns noch etwas mehr auf die Gefahren hinzuweisen, wenn diese Ergebnisse infrage gestellt werden. Welche konkreten Gefahren entstehen daraus für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Unternehmen, letztendlich für das Land NRW und auch für die gesamte Bundesrepublik?

Die zweite Frage, weil ich Bezug nehme auf die Stellungnahme vom BDEW, richtet sich auch nur an den BDEW. Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme einige Notwendigkeiten an, die vor allem auf Bundesebene in Angriff genommen werden müssten: Investitionsrahmen für Gaskraftwerke, Märkte für Speicherkapazitäten, Netzausbau, intelligente Netze. Könnten Sie noch einmal näher ausführen, was konkret und mit welcher zeitlichen Perspektive getan werden muss? Uns interessiert der Zeitstrang.

Eine dritte Frage geht auch an den BDEW. Hier geht es um das Stichwort „Versorgungssicherheit“. Hierzu sind ja im WSBK-Bericht gerade auf Drängen NRWs Vorkehrungen getroffen worden. Wie bewerten Sie diese Vorkehrungen? Für wie wirksam halten Sie diese?

Wibke Brems (GRÜNE): Ich kann mich natürlich dem Dank anschließen, dass Sie hierhingekommen sind, liebe Expertinnen und Experten.

Ich möchte zunächst Fragen an Reiner Priggen vom LEE stellen. Die erste Frage ist: In der LEE-Stellungnahme ist auf den Einsetzungsbeschluss der Kohlekommission verwiesen worden und eben darauf, dass es dabei ja darum ging, die Klimaschutzziele der Bundesregierung zu erreichen. Ein Ziel, über das wir häufig nicht mehr so viel reden, ist ja auch das möglichst weitgehende Erreichen des 2020er-Ziels. Vor diesem Hintergrund habe ich die Frage an Sie, wie Sie die Aktivitäten der Bundesregierung bewerten.

Die zweite Frage ist: Die Besorgnis innerhalb der energieintensiven Industrie ist ja groß, dass ein Kohleausstieg zu einer Erhöhung der Industriestrompreise führen wird. Da interessiert mich Ihre Meinung, ob Sie diese Sorge begründet sehen.

Meine letzte Frage stelle ich dann ebenfalls noch einmal an Reiner Priggen, aber auch an Frau Rauser. Auch mir geht es da noch einmal um das Thema „Versorgungssicherheit“, die ja an entsprechender Stelle in Zweifel gezogen wurde. Wie schätzen Sie die Herausforderungen zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Rahmen des Kohleausstiegs ein bzw. wie sehen Sie die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen in diesem Bereich?

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen, für die Fragen. Jetzt kommen wir zur Beantwortung durch unsere Sachverständigen.

Frank Hennig: Glückauf und guten Tag. Zu der Frage zu der Äußerung des Ministerpräsidenten Söder zum früheren Ausstieg: Ob dieser machbar ist, kann ich hier nicht mit belastbarer Aussage versehen. Herr Söder ist möglicherweise auch etwas von dem Gedanken getrieben, dass er selbst in Bayern keine Kohlekraftwerke betreibt. Er meint vermutlich, er ist nicht Betroffener, und hat wohl auch eher die Befürchtung, dass Bayern beim Geldverteilen im Rahmen des Kohleausstiegs etwas zu kurz kommt.

Es gibt nach den Vorschlägen der Kohlekommission – ich nenne die einmal verkürzt: Kohlekommission – verschiedene Meilensteine, die abgefragt werden. Das heißt, 2023, 2026, 2029 usw. werden die Fortschritte betrachtet, und dann wird man entscheiden, wie schnell man weitermachen kann oder auch nicht.

Insofern kann ich die Aussage von Herrn Söder nicht tiefergehend kommentieren.

Zum Thema „Versorgungssicherheit, Reservekraftwerke, Netzstabilitätsanlagen“: Die Bundesnetzagentur kümmert sich dankenswerterweise darum und rechnet ständig die Bilanzen, Erzeugung, Bedarf, Export, Import und die einzelnen Netzbereiche durch. Daraus entstehen die Verträge mit den Reservekraftwerken, also systemrelevanten Kraftwerken, die in der Regel zur Außerbetriebnahme angemeldet werden, die aber nicht außer Betrieb genommen werden dürfen, die also in Sicherheitsbereitschaft stehen und über die Netzgebühren finanziert werden.

Zusätzlich gibt es die sogenannten Netzstabilitätsanlagen. Das ist dann die Feuerwehr in der zweiten Stufe. Ich sage das mal mit meinen Worten. Das sind kleine Spitzenlastanlagen, im Grunde offene Gasturbinenanlagen mit schlechten Wirkungsgraden, die aber nur sehr wenige Betriebsstunden im Jahr laufen sollen, um im letzten Schritt einen möglichen Blackout zu verhindern.

Derartige Anlagen, sowohl die Netzstabilitätsanlagen als auch die Reservekraftwerke, werden fast ausschließlich in Süddeutschland gebaut. Netztechnisch ist Süddeutschland das gesamte Gebiet südlich der Mainlinie. Dort wird nach der Außerbetriebnahme der Kernkraftwerke die Versorgungslage am ehesten angespannt sein.

Für den Winter 2022/2023 hat die Bundesnetzagentur eine zu bindende Reserveleistung von 10.500 Megawatt vorgeschaut. Bis dahin nehmen wir 9.500 MW Kernkraftwerksleistung außer Betrieb. Das heißt, wir ersetzen zum Teil emissionsarmen Kernkraftstrom durch Strom aus alten, abgeschriebenen Kraftwerken, die eigentlich stillgelegt werden sollten. Dies ist aber zwingend notwendig, um die Netzstabilität zu halten. Ob das aus Sicht der Emissionen und erst recht aus Sicht der Wirtschaftlichkeit Sinn macht, ist natürlich zweifelhaft.

Zur Frage Herr Altmaier und Offshore-Windenergie: Die Offshore-Windenergie wird als großes Zukunftsfeld gesehen. In der Tat lässt sich dort viel Energie erzeugen. Dennoch steht sie im kompletten Widerspruch zu der These, dass das Energiesystem der Zukunft ein dezentrales sein wird. Es gibt keine zentralere Stromerzeugung als Offshore-Wind. Die Leistung der einzelnen Windparks wird zusammengefasst. Das kommt an den deutschen Ost- und Nordseeküsten, ich glaube, an 19 Anlandestellen zustande, wo der Windstrom an Land kommt. Man kann sich 19 dicke Kabel hinter den Dünen vorstellen, die dort hochkommen. Aus diesen Kabeln kommt jede Menge Strom, künftig 20.000, 30.000 Megawatt je nach Ausbaustufe.

Das ist aber weder konstanter, gleichmäßiger, grundlastfähiger noch regelbarer Strom. Wie wir inzwischen an allen Einspeisekurven sehen, schwankt der Wind auf See im Gleichtakt zum Wind an Land, allerdings auf höherem Niveau. Dieser Wind, den wir dann hinter der Küstenlinie haben, muss ins Land verteilt werden und auch zu den Verbrauchszentren im Süden, und wie bei jeglicher regenerativer Stromeinspeisung muss dieser Strom in ein vorhandenes Netz eingebettet werden. Das heißt, er muss mit Netzdienstleistungen versehen werden. Sowohl die Frequenz als auch die Spannungshaltung müssen erfolgen in einem Netz, ohne dass bisher jemand klarstellen konnte, wer das dann macht, wenn immer mehr konventionelle Kraftwerke nach und nach außer Betrieb gehen. Es reicht nicht, eine Südlink zu bauen vom Norden in den Süden. Es muss auch klar sein, wer diese Leitung bedient, wenn auf See Flaute herrscht.

Damit will ich es erst einmal bewenden lassen.

Prof. Dr. Helmut Alt (Fortschritt in Freiheit e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, zunächst einmal herzlichen Dank. „Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreissteigerungen entgegentreten: Kohleverstromung erhalten.“ ist meiner Ansicht nach eine sehr kluge Fragestellung. Ich hätte sie mir aus der Mitte des

Landtages gewünscht, aber sie ist ja nun thematisiert worden. Ihnen ist zu danken, Herr Vorsitzender, dass Sie diese Frage in den Stand der Anhörung gehoben haben, sodass wir als mehr oder weniger Sachkundige – ich hoffe, dass ich das bin – zu dieser Frage Stellung nehmen dürfen. Das will ich auch jetzt hier gerne machen.

Mir ist die Frage gestellt worden, ob es zu Problemen führen kann, wenn wir fast 100 % Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen generieren, was ja inzwischen häufiger der Fall ist. Ich habe das gestern Abend für den Monat Juni ausgewertet. Am Pfingstsamstag hatte die Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen fast 95 % des gesamten Strombedarfes erreicht. Wir können uns über einen solchen hohen Erfolg der regenerativen Energieerzeugung natürlich sehr freuen.

Aus fachlicher Sicht müssen wir aber erkennen, dass das natürlich zu riesigen Problemen führt. Die Diagramme zeigen ja auch, dass etwa drei Stunden später die Stromerzeugung aus Wind- und Solaranlagen wieder fast null war. Das heißt, drei Stunden später müssen dann die Kraftwerke wieder voll funktionsfähig sein. Das ist aber, wie Sie sicher erahnen können oder auch wissen, aus technischen Gründen schlicht und einfach nicht möglich, wenn man solche Anlagen abgeschaltet hat, weil die ja wärmegeführt fahren, und man kann Wärmeprozesse nicht in kurzer Zeit verändern. Das wissen Sie selbst. Wenn es mittags warm ist wie heute, dann ist es ein paar Stunden warm, und dann kann man nicht direkt Kühle erwarten. Das ist bei Kraftwerken natürlich noch sehr viel mehr der Fall. Deswegen erfordert die Sicherheit unserer Stromversorgung zwingend, diese Kraftwerke weiter in Betrieb zu halten.

Um die aber in Betrieb halten zu können, muss man an der Börse und auch mit Geld irgendwie herum hantieren und muss irgendwelche anderen Stromerzeuger bitten, ihre Stromerzeugung zurückzufahren. Das können wir zum Beispiel mit dem Blick in unser Nachbarland Holland erreichen, indem wir dort irgendeinen holländischen Gaskraftwerksbetreiber überreden, seine Gaskraftwerke zurückzufahren und von uns über unseren Export – und für ihn Import – dann unseren Strom zu übernehmen. Wir können ja den Strom aus Wind- und Solaranlagen gar nicht loswerden, wenn wir zusätzlich noch etwa eine Mindestleistung für die thermischen Kraftwerke aufrechterhalten wollen, damit die nicht außer Betrieb fallen.

Dieser holländische Kollege ist, wenn wir Glück haben, bereit, das zu tun und unseren Export anzunehmen. Aber der hält die Hand auf und sagt: Ja, gut, wenn Sie mir jetzt noch 100 Millionen Euro geben, dann bin ich bereit, das zu tun. – Dann macht er das auch, und dann können wir unsere Stromversorgung an den Tagen zu den Stunden wieder stabil halten.

150 Millionen hat das am Pfingstsamstag gekostet. Diese 150 Millionen Euro, die wir dann an dem Tag gelöhnt haben an alle möglichen und unter anderem auch an den holländischen Gaskraftwerksbetreiber, stellen wir am Ende des Jahres allen Stromverbrauchern in Deutschland über die EEG-Abgabe, wie Sie ja wissen, in Rechnung. Die EEG-Abgabe hat nicht mehr den Wert einer Kugel Eis – wie das unser damaliger Umweltminister Trittin mal verkündet hat –, sondern die hat den Wert von inzwischen – wie das Bundeswirtschaftsministerium gerade veröffentlicht hat – 36 Milliarden Euro im Jahr.

Sie wissen: Für die gesamte Finanzierung des Kohleausstiegs, wenn er dann gelingt – ich persönlich bezweifle da noch vieles, besonders in der Zeitdisposition –, spricht man von 40 Milliarden, was wohl ein Problem ist, 40 Milliarden, um die Umstrukturierung zu finanzieren.

Wir geben 36 Milliarden locker aus über die EEG-Abgabe, die von den Grünen-Kollegen ja vor 20 Jahren eingeführt worden ist mit der Aussage, das mache nur eine Kugel Eis aus, und halten das überhaupt nicht für problematisch.

Meine Damen und Herren, das ist für Ihre politische Verantwortung eine hohe Last, der Sie sich stellen müssen. Für viele war das vorauszusehen, dass es so kommen wird. Ich kann Sie nur ermuntern, hier doch wieder Realität walten zu lassen und die Tatsachen in den Blick zu nehmen, dass wir jetzt so langsam, aber sicher mit dem Zubau weiterer Wind- und Solaranlagen Schluss machen müssen, weil sonst unser gesamtes Versorgungssystem zu bezahlbaren Preisen nicht mehr stabil zu halten ist.

Der Punkt hat am Pfingstsamstag eingesetzt. Wir müssen erkennen, dass wir bei 100 % Erzeugung über Wind- und Solaranlagen und einem Verbrauch, der die gleiche Größe hat, ein unlösbares Problem bekommen werden. Bisher waren das nur Spielerei und auch Kostenoptimierungen und Kostenerhöhungen. Jetzt geht es auch massiv an die Sicherheit unserer Stromversorgung. Jetzt ist das Spiel mit den höheren Kosten zu Ende. Wir müssen jetzt auch dafür sorgen, dass unsere Stromversorgung stabil bleibt und am Ende des Jahres, wenn den Haushalten die Rechnungen ins Haus flattern, die auch bezahlbar bleiben.

Denn diese Mär, die oft verkündet wird, dass inzwischen die Stromerzeugung aus Sonne und Wind kostengünstiger sei als die Stromerzeugung aus Braunkohlekraftwerken zum Beispiel und sogar Kernkraftwerken, ist natürlich totaler Unsinn. Denn die Stromerzeugung aus Sonnen- und Windanlagen hat natürlich betriebswirtschaftlich nur den Wert der verdrängten Kosten in den ohnehin unverzichtbar notwendigen Kraftwerken.

Denn ich hatte ja anfangs ausgeführt, dass wir drei Stunden später die Kraftwerke ja brauchten. Das heißt, nur freundlicherweise haben wir diese auch relativ kostengünstigen Kraftwerke zurückgefahren. Bei dem Zurückfahren spart man natürlich etwas Kohlekosten. Aber ich kann Ihnen sagen: Diese Kohlekosten, die man da spart, liegen deutlich unter einem Cent pro Kilowattstunde, deutlich. Es gibt auf der ganzen Welt und insbesondere in Deutschland keine einzige Solar- oder Windanlage, die Strom zu einem Preis von unter einem Cent produzieren könnte. Die wird es auch nie geben. Das kann es gar nicht geben.

Deswegen ist es eine Mär, dass wir an der Börse in der Tat mitunter unter fünf Cent Aufträge vergeben in die Zukunft für Windanlagen, die dann in 20 Jahren gebaut werden. Die Investoren rechnen damit, dass sich bis dahin der Unsinn – verzeihen Sie –, den wir im Augenblick machen, weiter fortgeführt hat und dass dann der Strom in der Erzeugung in der Tat bei sieben oder acht Cent liegt. Dann sind die ja wieder im Geld.

Wir können doch keine Industrie schaffen, die nur lebensfähig ist, wenn unsere Stromkunden draußen, unsere Familien, in zehn Jahren den doppelten Strompreis zahlen müssen. Sowas ist doch verantwortungslos. Deswegen möchte ich als Privatmann –

ich habe vier Kinder – dafür plädieren, wieder Vernunft einkehren zu lassen mit einer Stromversorgung auf Basis eines ausgewogenen Mix aus Kraftwerken.

Dazu gehören Braunkohlekraftwerke, da wir hier in der Rheinschiene ja nun auf der Braunkohle leben und viele Vorteile davon gehabt haben. Es hätte ja auch Lehm sein können. Bei mir zu Hause in Aachen ist Lehm. Das ist nichts wert. Gut, ich habe vielleicht ein bisschen Glück. Wenn ich in Erkelenz wohnte, müsste ich vielleicht umgesiedelt werden. Das wäre für mich auch sehr schwierig und hart. Das ist wohl wahr. Aber es ist ja nun Kohle da. Da können Sie doch dem lieben Gott nicht böse sein, dass er da Kohle hingelegt hat und keinen Lehm. Ich bitte Sie. Dann müssen wir das Problem lösen mit der Umsiedlung. Hier sind ja einige Damen und Herren, die Verantwortung auf dem Gebiet mit übernommen haben. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Ich kann nur an Sie appellieren, mit etwas Sachverstand und Fachwissen und Zuversicht für die Zukunft auch für unser Klima das Beste daraus zu machen und mehr Vernunft walten zu lassen und insbesondere die fachlichen Gegebenheiten nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern ab und zu auch mal Fachleute zu fragen, ob das sinnvoll ist und ob das geht und ob es auch wirtschaftlich verantwortbar ist.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. Dafür sitzen wir ja heute Nachmittag auch hier.

Ich möchte nur eines richtigstellen. Sie haben mich vorhin in eine besondere Rolle gebracht. Deshalb will ich das klarstellen. Ich bin nicht derjenige, der die Expertinnen und Experten einlädt. Das geschieht auf Vorschlag der Fraktionen in dem Ausschuss zu dem jeweiligen Thema, und dann lädt der Landtagspräsident ein. Ich bin nur der Moderator hier in dieser Runde und darf darauf achten, dass die Zeiten der Antworten und der Redebeiträge ein bisschen eingehalten werden. Danke, dass Sie mich in einer anderen Rolle gesehen haben. Die habe ich aber nicht.

Reiner Priggen (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.): Herr moderierender Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, herzlichen Dank für die Einladung.

Herr Untrieser und Frau Brems hatten mir Fragen gestellt. Die erste Frage bezog sich auf den Kompromiss, der mühsam geschlossen worden ist. Lassen Sie mich an eines erinnern: Wir diskutieren die Energiewende aus Klimaschutzgründen nicht erst, seitdem die Kommission tätig war, sondern das hat seine Wurzeln schon unter Bundeskanzler Kohl mit den Ergebnissen der Klimakonferenz von Rio. Seitdem ist die Linie, dass die Energiewende gemacht werden muss und Klimaschutzpolitik gemacht werden muss, Kontinuität aller Bundesregierungen. Die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ – der Name war da noch nicht klar – war schon 2016 in der Koalitionsvereinbarung der letzten Großen Koalition enthalten. Dann hat es Wahlen gegeben. Die Regierungsbildung war schwierig. Dann ist das im Juni 2018 vom Kabinett beschlossen worden und die Kommission eingesetzt worden. Das ist die Vorgeschichte. Acht Monate intensive Arbeit, 80 Sachverständige angehört, 31 Mitglieder – der ganze Prozess ist Ihnen ja bekannt.

Der Kompromiss war schwierig, aber auch, weil die Zusammensetzung der Kommission natürlich sehr breit war. Wenn Sie den Bundesverband der Industrie auf der einen Seite nehmen und Greenpeace auf der anderen Seite – dazwischen drei herausragende Vertreter der Gewerkschaften und andere Industrievertreter und, und, und –, dann kann man ahnen, welche schwierigen Diskussionen es gegeben hat. Die Aufgabenstellung der Bundesregierung war auch sehr klar. Die Kommission sollte Vorschläge liefern: Wie können wir dem 2020er-Ziel möglichst noch näher kommen? – Es war klar, dass es nicht geht, dass wir es erreichen können. – Wie können wir sicherstellen, dass wir das 2030er-Ziel erreichen? Erarbeitet werden sollte auch ein Vorschlag für ein Ende der Kohleverstromung. Das war der Auftrag der Bundesregierung an die Kommission. Darum hat sie sich bemüht.

Der Kompromiss, der gefunden worden ist nach einer letzten langen Nacht mit schwierigem Ringen, ist eine Grundlage, ist ein Vorschlag. Der muss jetzt – so ist das in der Demokratie – im Parlament in Gesetze umgesetzt werden. Das ist eine ganze Reihe von Gesetzen. Wir reden ja im Moment immer über die Zurverfügungstellung der Strukturwandelmittel für die nächsten 20 Jahre.

Die Eckpunkte würde ich jedenfalls akzeptieren. Die Kommission hatte gesagt: bis zum 30. April. – Sie sind dann im Mai gekommen. Sei‘s drum. Aber die Eckpunkte sind detailliert vorgelegt worden. Es soll ja jetzt im September ein Gesetzentwurf dazu kommen. Also der Teil ist gemacht worden.

Aber es ist eine Reihe anderer Gesetze notwendig, die auch dazugehören. Ich nehme mal ein Beispiel. Ich nehme an, dass der Kollege von der IG BCE das noch aufgreift. Wir haben ja alle viel Erfahrung gehabt mit den Anpassungsregelungen im Steinkohlebergbau. Das hat uns geholfen, insgesamt 80.000 Mitarbeiter ohne Arbeitslosigkeit in dem Prozess aus der Arbeit herauszubekommen. Es gab keine Entlassungen. Es gab Umschulungen, und, und, und, aber auch die APG-Regelungen. Es gab Konsens in der Kommission, dass diese Regelung Modell sein kann, um Personalanpassungen sowohl an den Braunkohlestandorten als auch bei einzelnen Kohlekraftwerken, wenn es denn notwendig ist, wo es besonders konzentriert ist, zu machen. Das braucht aber gesetzliche Regelungen. Das APG-Gesetz ist ja auch gemacht worden mit Beteiligung des Bundes und der Kohleförderländer. Auch dafür gibt es noch keinen Gesetzentwurf. Auch das ist dringlich, weil Sie an der Stelle natürlich, wenn Sie mit den Beschäftigten reden wollen, denen auch ganz konkret sagen müssen, was sie persönlich erwartet. Da ist die Frage, ob jemand Rentenabschläge bekommt oder nicht, natürlich ganz entscheidend.

Das heißt, es gibt ein Bündel von Gesetzen. Auch die entsprechenden Gesetze, die es möglich machen, Steinkohle und auch Braunkohle herauszunehmen, Kraftwerke, sind noch nicht im Entwurf da, und es ist auch die Linie noch nicht klar. Da ist also eine Menge zu tun.

Der Kompromiss wird jetzt von vielen Seiten kritisiert und angegriffen. Es ist ja auch eben aufgetaucht: 40 Milliarden Euro für 20 Jahre. Ich würde das gerne etwas relativieren, weil in diesen 40 Milliarden ja viele, viele Maßnahmen drin sind, die „sowieso“ gemacht werden müssten.

Herr Alt und ich können vieles unterschiedlich sehen. Aber dass wir das dritte Gleis Aachen-Köln brauchen, wenn wir nicht wollen, dass der Eisenbahnverkehr, der Personenverkehr zwischen Aachen und Köln zusammenbricht, ist unstreitig. Wenn eine solche Maßnahme da jetzt auftaucht und mit Prioritäten versehen wird, die sie nicht hätte, weil die Bundesbahn in ihren Berechnungen ausländische Verkehre nicht einberechnet, aber die sind genau zwischen Antwerpen und Köln bei uns auf der Eisenbahntrasse am Laufen, dann ist das Geld, das vernünftig eingesetzt wird. Das muss gemacht werden. Da gibt es politisch keinen Dissens. Das ist aber nur ein Beispiel. Das jetzt negativ aufzurechnen auf die Zahl ist, glaube ich, nicht hilfreich. Ich glaube, dass viele, viele Maßnahmen da vernünftig sind und dass es ansonsten auch richtig ist, auf der Zeitachse da in der Struktur Investitionen zur Verfügung zu stellen.

Insofern: Der Kompromiss war sehr mühsam zu erreichen.

Ich möchte noch daran erinnern: Es sollten insgesamt drei Kommissionen eingesetzt werden, davon eine für Wohnungsbau – die ist gar nicht eingesetzt worden –, weil wir auch wissen, dass wir da viel tun müssen. Eine weitere Kommission sollte sich mit Mobilität beschäftigen. Das ist der Bereich, in dem Emissionen steigen und nicht sinken. Die Kommission hat sich ja über die Frage, ob sie ein Tempolimit diskutieren darf, zerstritten und ist zu keinem Ergebnis gekommen.

Insofern ist diese Kommission die einzige, die ein Ergebnis vorgelegt hat. Dass das vier Wochen später war als gewünscht, lag daran, dass die ostdeutschen Ministerpräsidenten interveniert haben und sicherere Finanzzusagen haben wollten. Das war nachvollziehbar und ist auch in Ordnung.

Das ist jetzt das Drehbuch, mit dem die weiteren Maßnahmen gemacht werden könnten. Wenn das infrage gestellt wird und zerlegt wird, sind wir in dem Prozess wieder am Anfang. Das hilft in den Strukturen nicht. Es hilft auch bei den Prozessen für die Kraftwerksindustrie nicht, weil die Prozesse ja weiterlaufen.

Insofern kann ich nur dafür plädieren, so hart, wie der Kompromiss war, ihn tatsächlich Punkt für Punkt umzusetzen. Alles andere würde dazu führen, dass man weitere Jahre verliert.

Ich bin gefragt worden, wie ich die Umsetzung des Zieles bewerte, möglichst nah an das 2020er-Ziel heranzukommen. In der Kommission war klar, dass wir zusätzliche Abschaltungen auf der kurzen Zeitachse nur schwer hinbekommen. Also haben wir uns verständigt in den konkreten Tableaus, bis 2022 rund 3 GW Braunkohle und 4 GW Steinkohle über das, was im Markt sowieso läuft oder was über die Sicherheitsbereitschaft hinausgeht, herauszunehmen. Dafür braucht es aber auch gesetzliche Regelungen. Ich habe es eben schon mal angesprochen, aus welchen verschiedenen Gründen. Da erfüllt uns mit einer gewissen Sorge, dass diese Gespräche noch nicht richtig angelaufen sind, dass die ganzen Rückmeldungen sind, dass das an der Stelle noch verzögert ist. Das ist aus meiner Sicht kritisch zu sehen und müsste beschleunigt werden, weil natürlich ein Kompromiss bedeutet, dass beide Seiten, die diesen Kompromiss schließen, dabei auch vorkommen. Wenn es die entsprechenden Verhandlungen zu der Herausnahme der Kraftwerksblöcke nicht gibt, würde die eine Seite das ja nicht als erfüllt ansehen.

Zu der Frage zur Erhöhung der Strompreise: Das ist in der Kommission lange diskutiert worden. Sie werden sich sicherlich vorstellen können, dass der Bundesverband der Industrie, der BDEW und andere auch darauf gedrängt haben.

Es gibt da zwei Tendenzen. Wenn mehr Gas in den Strombereich hineinkommt, weil Kohle herausgeht, wird der Preis steigend sein. Wenn die CO_2-Emissionen einen höheren Preis bekommen, wird das steigend sein. Aber es war Konsens in der Kommission, dass der Ausbau der Erneuerbaren nach den Zielen der Bundesregierung auf 65 % 2030 – das war Grundlage der Arbeit – preissenkend wirkt. Insofern wurde es in der Kommission von allen Sachverständigen so eingeschätzt, dass die Auswirkungen der Preise sehr gering sind an der Stelle und Zahlen, wie sie im Antrag als Zitat auftauchen, damit überhaupt nichts zu tun haben, sondern dass das bei Einhaltung dieser verschiedenen Stränge durchaus sehr gut zu schaffen ist.

Die Versorgungssicherheit hatte in der Kommission in der Diskussion einen sehr, sehr hohen Stellenwert. Das ist ja auch völlig einleuchtend. Deswegen sind aber auch, weil das kein einfacher Punkt ist, die Revisionszeitpunkte mit 2023, 2026 und 2029 hineingenommen worden. Es war klar, dass es bis 2025 keine Probleme gibt. So wurde das gesehen. Aber es muss frühzeitig reagiert werden. Da ist eine Reihe von verschiedenen Maßnahmen diskutiert worden. Es ist auch das Versorgungsmoratorium als Anregung, dass das deutlich verstärkter eingeführt werden muss, mit hineingenommen worden. Insofern lag darauf ein großes Augenmerk.

Aber es ist so: Wir werden in den nächsten Jahren immer wieder nachsteuern müssen und gucken müssen, ob die verschiedenen Punkte erreicht werden. Das betrifft aber alles. Das betrifft auch den Ausbau der Erneuerbaren. Auch der muss passieren. Wenn der verzögert wird – da gibt es ja im Moment Hiobsbotschaften –, wird auch das Auswirkungen haben. Das muss man alles im Paket berücksichtigen und prüfen.

Sabine Rauser (BDEW-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen): An mich sind viele Fragen gerichtet worden. Möglicherweise liegt das daran, dass ich hier den BDEW vertrete. Der BDEW wiederum vertritt bundesweit 1.900 Energie- und Wasserversorgungsunternehmen und hier in NRW um die 300 Unternehmen, insbesondere natürlich aus dem Energiebereich, sehr heterogen, angefangen bei kleineren Stadtwerken über selbstverständlich größere Stadtwerke bis hin zu den Übertragungsnetzbetreibern und Ferngasnetzbetreibern, aber auch eben aus dem Bereich erneuerbare Energien und aus verwandten Wirtschaftszweigen letzten Endes wie Metering usw. Von daher ist es natürlich klar, dass gerade die Energiewirtschaft im Fokus steht bei dieser ganzen Debatte. Das liegt auf der Hand.

Die erste Frage war ja, wie gefestigt dieser Kompromiss ist, der auch unter Beteiligung des BDEW gefunden worden ist. Ich kann mich da anschließen an viele Ausführungen, die Herr Priggen gerade gemacht hat.

Ich möchte auch noch einmal hinweisen auf die wirklich sehr heterogene Besetzung dieser Kommission. Es ist ja überhaupt nicht selbstverständlich, dass sich so viele Menschen mit sehr unterschiedlichen Hintergründen und unterschiedlichen Wünschen zusammenfinden und letzten Endes auch einen Kompromiss erarbeiten. Wie das bei

Kompromissen immer so ist, ist man vielleicht mit dem einen Ergebnis nicht ganz so zufrieden und sieht vielleicht auch seine Wünsche nicht ganz so umgesetzt.

Was aber für uns als Energiewirtschaft hier ganz, ganz wichtig ist, ist, dass wirklich ein breiter gesellschaftlicher Kompromiss gefunden worden ist. Das ist gerade für diese Debatte das Allerwichtigste. Man darf wirklich nicht vergessen, dass die Energiewende, über die wir letzten Endes ja hier sprechen, alle betrifft, jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, ob es als Energiekunde ist oder wenn man durch die Landschaft läuft. Die Energiewende wird für uns alle auch spürbar werden. Von daher ist es also, wie gesagt, ganz wichtig, dass wir bei der ganzen Debatte wirklich die breite Bevölkerung mit ins Boot holen.

Ich glaube, das war einer der Hauptaspekte der WSB-Kommission, dass es gelungen ist, hier wirklich so einen breiten Konsens zu erzielen. Ich kann nur absolut davon abraten, den jetzt immer und immer wieder infrage stellen zu wollen. Das ist unseres Erachtens der völlig falsche Weg.

Insbesondere ist es auch der falsche Weg, weil die Zielausrichtung das Jahr 2038 ist. Das sind noch 19 Jahre. Das mag manchen Menschen lang vorkommen, aber in der Energiewirtschaft mit ihrem Invest sind 20 Jahre – es sind ja noch nicht einmal 20 Jahre – nicht viel. Das möchte ich hier auch unbedingt zu bedenken geben, dass 19 Jahre ein recht kurzer Zeitraum sind, wenn man insgesamt darüber spricht, über 50 GW gesicherte Leistung abzubauen, wenn wir die Kernkraft mit hinzunehmen, Kohle und Kernkraft zusammen. Das ist eine Hausnummer. Das ist, glaube ich, niemandem so bewusst wie der Energiewirtschaft, denn die wird letzten Endes der Hauptplayer sein und diese Aufgabe tragen müssen.

Ich kann aber hier auch nur mitteilen, dass innerhalb der Debatten, die bei uns im Verband geführt worden sind, die Branche hinter diesem Kompromiss stand. Das möchte ich wirklich hier auch noch einmal betonen. Vonseiten der Branche wird dieser Kompromiss nicht infrage gestellt, sondern ganz im Gegenteil. Wir würden uns sehr wünschen – das ist auch der Wunsch an die Politik –, dass das wirklich jetzt ernst genommen wird und zügig angegangen wird. Das hat sowohl die Branche unseres Erachtens verdient als auch die Bürgerinnen und Bürger, die betroffen sind und die jetzt langsam, aber sicher auch wissen müssen, woran sie sind und vor allen Dingen, welche Maßnahmen jetzt peu à peu getroffen werden.

Vor diesem Hintergrund muss man sich vielleicht auch ein bisschen mit der Wortwahl anpassen und das alles vielleicht auch nicht mehr nur auf eine Kohleausstiegsdebatte fokussieren, sondern sich wirklich auch jetzt mal die Chancen anschauen – sowohl für die Energiewirtschaft als auch für viele andere Branchen – und vielleicht auch mal das Wörtchen „Wachstumsmöglichkeit“ in den Mund nehmen und in den Blick rücken.

Das ist, glaube ich, auch für NRW eine ganz große Chance. Einige Punkte sind ja angesprochen worden. Die will ich auch nicht kleinreden. Natürlich gibt es eine Menge zu tun. Es gibt auch Gefahren, die Sie angesprochen haben. Wenn so viel gesicherte Leistung aus dem Markt geht, hat das natürlich Konsequenzen, um die man sich kümmern muss. Aber, ich glaube, da wiederhole ich mich jetzt. Diese Sachen muss man wirklich anpacken. Einige Punkte – um den Aspekt Versorgungssicherheit noch einmal

zu stärken – müssen zügig angegangen werden. Da muss man jetzt auch die politischen Rahmenbedingungen schaffen, um diese Umsetzung zu schaffen.

Dazu gehört durchaus der Ausbau von erneuerbaren Energien. Wind und Photovoltaik sind nun einmal die Arbeitspferde im Bereich der erneuerbaren Energien. Unseres Erachtens kann NRW da auch nicht abtauchen. Es wäre unseres Erachtens auch wirklich der falsche Weg, das anderen Bundesländern sozusagen zu überlassen oder dem Ausland oder wem auch immer, ganz im Gegenteil. NRW sollte daran auch seinen Anteil haben – vielleicht kann man ja auch sagen: sich sichern.

Der nächste Punkt ist natürlich der Aufbau gesicherter Leistung. Das ist für uns sozusagen die DNA. Das ist natürlich ganz, ganz wichtig, dass das entsprechend aufgebaut wird. Da wiederhole ich den Appell, auch solche Fragen bzw. Rahmenbedingungen zügig anzugehen. Das ist nämlich wirklich notwendig, dass man das macht. Da ist es natürlich wichtig, für Zeiten, in denen aus erneuerbaren Energien nicht so viel Strom dargeboten wird, eine gesicherte Leistung zu haben, zum Beispiel aus gasbasierten Kraftwerken. Wir müssen natürlich auch die ganze Diskussion Energiespeicher, Sektorkopplung usw. angehen. Das sind Themen, denen man sich jetzt stellen muss. Die darf man nicht auf die lange Bank schieben.

GuD-Kraftwerke zum Beispiel sind hocheffizient. Die baut man nicht mal eben, sondern das hat Investitionsvorläufe. Da sprechen wir leicht über fünf bis sieben Jahre. Auch hier muss man sich, was Planungsrecht, was Genehmigungsverfahren usw. angeht, auch in NRW sicherlich auf die Fahne schreiben, solche Zeiträume zu verkürzen bzw. hier die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, damit das relativ zügig laufen kann.

Das Nächste ist natürlich die Ertüchtigung der Energienetze, der ganzen Infrastruktur, die sich drum herum rankt, sowohl auf ÜNB-Ebene – ich glaube, das ist soweit bekannt und selbstverständlich – als auch natürlich im Verteilnetz. Das ist gar keine Frage. Die Netze müssen so ausgebaut und optimiert werden, dass der Strom noch besser laufen kann oder strömen kann. Es muss natürlich auch so sein, dass auch Netzbetreiber durch Steuerung und Verteilung der Lasten zu einer besseren Auslastung der Netze auch im Verteilnetz kommen. Auch das sind Sachen, die angepackt werden müssen. Die ergeben sich nicht von heute auf morgen, sondern die muss man planen. Auch dafür ist es natürlich wichtig, dass man die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft, um auch der Netzstabilität gerecht zu werden.

Flexibilitäten: Das ist natürlich auch ein Punkt, der künftig wichtig wird und zur Versorgungssicherheit beiträgt.

Außerdem ist noch die Frage gestellt worden, ob die Vorkehrungen reichen, die im WSB-Bericht vorgelegt worden sind. Ja, es ist eine ganze Reihe von Maßnahmen im Bericht enthalten. Eine ganze Reihe von Maßnahmen habe ich gerade explizit angesprochen. Es muss wirklich hier Hand in Hand gehen. Man darf sich hier sicherlich nicht nur auf eine Maßnahme versteifen, sondern es muss ein ganzes Potpourri von Maßnahmen geben, um sicherzustellen, dass der Kohleausstieg klappt, aber auch die Integration der neuen dezentralen Erzeugungen.

Ich hoffe, dass ich damit alle Fragen beantwortet habe.

Manuel Rendla (IG BCE Landesbezirk Nordrhein): Ich komme zur ersten Frage zur Sicht der Beschäftigten. Die IG BCE war ebenfalls Teil der Kommission. Dazu wurde schon viel genannt. Die Kommission hat es, glaube ich, geschafft, einen gesellschaftlichen Kompromiss zu erarbeiten, der in der ganzen Debatte, die ja über mehrere Monate gedauert hat, sehr mühsam zu erreichen war. Ich denke aber, dass der Kompromiss, der dabei herausgekommen ist, die Möglichkeit bietet, das Thema auch zu befrieden.

Wir als Organisation stehen zu dem Kompromiss und ebenso auch die Beschäftigten in den Revieren. Wir sehen das als eine Herausforderung für die Beschäftigten und für die ganze Region an, aber auch als Erleichterung. Wir haben Jahre der politischen Unsicherheit hinter uns und ebenfalls der Beschäftigten. Somit haben wir einmal einen Weg, den wir aufmachen können, um sowohl den Menschen vor Ort als auch der Region zu sagen und zu zeigen, was es für sie bedeutet und wo wir in Zukunft hingehen wollen.

Ich denke, wichtig ist dabei auch, dass wir die zukünftigen Gesetze als Gesamtpaket sehen. Wir können nicht allein den Ausstieg betrachten, sondern brauchen auch Strukturmittel und APG-Maßnahmen, um die Menschen vor Ort sozial abzusichern. Wir brauchen das klare Bekenntnis der Politik auch zu den Beschäftigten. Der Satz, der im Ruhrgebiet gilt, sollte auch in dem Fall gelten: Kein Bergmann fällt ins Bergfreie. – Das sollte dort auch umgesetzt werden.

Wichtig ist auch, dass wir in der Region nicht nur von Bergbauunternehmen reden und dann Beschäftigten vor Ort. Wir haben auch Unternehmen, die auf Versorgungssicherheit und Netzstabilität angewiesen sind. Da habe ich einfach auch noch einmal die Bitte an Sie, dass man diese Unternehmen und die Beschäftigten nicht aus dem Fokus verliert. Wir brauchen für die chemische Industrie und für andere Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sichere und immer vorhandene Netzkapazitäten, selbst im Millisekundenbereich. Stromausfälle können wir uns dort nicht leisten, wenn wir weiterhin ein Industriestandort bleiben wollen.

Die Verantwortung der Unternehmen bei Investitionen ins Rheinische Revier sehe ich auf jeden Fall. Wir müssen gucken, dass die Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen. Ich glaube auch, dass wir den Strukturwandel nicht alleine mit der Politik und den Beschäftigten vor Ort stemmen werden. Wir brauchen eine Investition in Industriearbeitsplätze vor Ort, um der sozialen Verantwortung gerecht zu werden und Wertschöpfung und Wohlstand in der Region zu erhalten. Da sehe ich auch die Mitbestimmung in den Unternehmen in der Verantwortung, dass wir dort gemeinsam über Investitionen in Regionen und Standorte entscheiden. Wir brauchen da vor allem auch Investitionen in Neuansiedlungen von erneuerbarer Energie und in Produkte der Netzstabilität.

Die Bereitschaft der Beschäftigten zum technologischen Wandel ist auf jeden Fall vorhanden. Berücksichtigen sollte man dabei aber, dass wir über einen Zeitraum von 19 Jahren reden und wir auch die nächsten Jahre noch Leute brauchen, die in den Tagebauen und in den Kraftwerken aktiv sind. Dafür brauchen wir aber auch klare Perspektiven, wie der Pfad aussehen wird und wann wir die Beschäftigten in welchen Berei-

chen überführen müssen. Dazu brauchen wir auch hinterher von der Politik Anpassungsmaßnahmen. Da rede ich nicht von Geld, sondern ich spreche von Bildung bei der Überführung von Kolleginnen und Kollegen in neue Arbeitsverhältnisse und der Anpassung ihrer Arbeitsverhältnisse an andere Industriebereiche.

Dafür brauchen wir – das habe ich schon gesagt – das Gesamtpaket der Gesetze, um dann im Anschluss auch mit Unternehmen in Tarifverhandlungen zu treten, um das Gesamtpaket fertig zu machen. Da sind wir aktuell ein bisschen in der Schwebe, und ich hoffe auch, dass wir zeitnah Gesetze bekommen, um die Rahmenbedingungen zu setzen und die noch vorhandene Unsicherheit bei den Beschäftigten zu verringern und zu beenden.

Es ist gefragt worden, was passiert, wenn der Kompromiss der Kommission nicht umgesetzt wird. Ich halte das für sehr, sehr schwierig. Ich habe das am Anfang gesagt. Durch den Kompromiss haben wir ja politische Sicherheit erreicht. Das würde wieder komplett ad absurdum geführt. Ich glaube, irgendwann ist das Vertrauen der Beschäftigten in Politik nicht mehr gegeben.

Ich mache aber noch ein weiteres Themenfeld auf. Wir brauchen eine Sicherheit der Politik auch bei Investitionen in Standorte bei Unternehmen. Wenn wir das Themenfeld immer wieder aufmachen – seien es Bezahlbarkeit und Versorgung mit Strom und Energie –, dann werden wir, glaube ich, automatisch auch beim Thema „Strukturwandel“ ein Riesenproblem kriegen. Es ist gerade auch genannt worden. Wir werden den Strukturwandel nicht innerhalb von ein paar Jahren bewältigen können. Neuansiedlungen von Industrie und das Schaffen von Industriearbeitsplätzen brauchen Zeit. Wir sind in der Zukunftsagentur bereits dabei, Industrieersatzarbeitsplätze für die Zukunft zu finden. Da muss aber auch gesagt werden: Wir werden in der nächsten Zeit noch die Beschäftigten in der Braunkohle behalten, aber darüber hinaus braucht es einfach Zeit, die Strukturen dort zu ändern.

Deswegen ist mein Appell ganz klar, den Kompromiss, der dort gefunden wurde, auch gesellschaftlich umzusetzen und dementsprechend das Thema nicht noch einmal neu aufzumachen.

Ich glaube, damit habe ich alle Fragen beantwortet.

Volker Backs (Hydro Aluminium Deutschland GmbH): Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Untrieser, für die Frage. Die Kohleverstromung ist kein Selbstzweck. Sie dient auch der Versorgung der Industrie, auch der energieintensiven Industrie. Deshalb freue ich mich, dass wir in dem Abschlussbericht in der Empfehlung der Kommission insbesondere auf Seite 13 unten Berücksichtigung fanden und hier sehr klar. Dort wird beschrieben, dass Effekte für die Industrie ausgeschlossen werden sollen durch den vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleverstromung und die Reduzierung der Kohleverstromung, falls das nicht möglich sei, dass diese Effekte zu kompensieren sind. Darüber hinaus heißt es, dass industrielle Wertschöpfungsketten auch weiterhin der Kern unserer weiteren Entwicklung sind.

Zu der Frage: Warum sind vernünftige Stromkonditionen wichtig für die Industrie in Nordrhein-Westfalen? Nordrhein-Westfalen ist Industrieland aufgrund der sicheren

und bezahlbaren elektrischen Versorgung aus der Kohleverstromung. Diese ist zur Versorgung von Unternehmen im internationalen Wettbewerb bis 2045 genehmigt.

Die deutsche Energiepolitik hat drei Ziele. Das sind neben Klimaschutz gleichrangig die schon genannte Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit für uns im internationalen Wettbewerb.

Wir sind verunsichert aufgrund der stattfindenden Diskussion hinsichtlich der Versorgungssicherheit. Wir hören Antworten zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit, die lauten, dass man neben dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren natürlich Netze entwickeln muss, um diese anzuschließen. Wir sollten auch gleich bedenken, dass man Speicher braucht. Wir haben ja gehört, wie kurz 19 Jahre sind. Speicher sind aus meiner Sicht überhaupt gar nicht existent, jedenfalls nicht in nennenswerter Art und Weise. Es ist klar, warum die notwendig sind. Die Erneuerbaren sind wetterabhängig und damit sehr volatil.

Darüber hinaus erhält man als Industrie Antworten auf die Frage der Versorgungssicherheit, dass man, wenn das in Deutschland mit den erneuerbaren Energien nicht funktioniert, ja dann aus Frankreich und aus Polen Strom importieren könne. Aus Frankreich können wir Atomstrom importieren, und aus Polen würden wir Kohlestrom importieren. Meine persönliche Frage ist, warum wir unseren EU-Mitbürgern zumuten, gerade diesen Strom für uns bereitzustellen, den wir selbst nicht mehr vertreten wollen.

Zur Preiswürdigkeit: Wie schon gesagt, wir sind im internationalen Wettbewerb mit China und mit den USA, wo es ganz klare Industrieprogramme gibt. Die kann man auch nachlesen. Die unterstützen die Industrie, während wir hier gerade diskutieren, das, worauf sich die Industrie begründet, abzuschalten. Ich plädiere nicht für die Kohleverstromung. Ich plädiere nur dafür, dass man erst abschaltet, wenn man eine funktionierende Alternative für das, was man jetzt hat, hat. Wenn man oder falls man die Kohleverstromung, die sehr, sehr preiswürdig ist, abschaltet, muss sie ersetzt werden, weil wir gewisse Grundlasten bei der Stromversorgung benötigen. Das sollte Gas sein. Das wird viel diskutiert. Mir persönlich stellt sich die Frage, wer denn in Gaskraftwerke investiert, wenn wir doch 2050 eh CO_2-frei sein sollen. Aber gut. Gesetzt den Fall, es wird Gas, ist das zumindest eine teurere Energiequelle. Die ist dann politisch induziert. Die hat unser internationaler Wettbewerb nicht.

Wozu führt die Unsicherheit der Industrie, insbesondere der energieintensiven Industrie, hinsichtlich der Versorgungssicherheit und hinsichtlich der Preiswürdigkeit? Sehr häufig sind hier in Nordrhein-Westfalen und auch sonst in Deutschland internationale Konzerne tätig. Da werden die Investitionsentscheidungen global getroffen. In unserem Fall ist es so – ich denke, ich spreche für weite Teile der Industrie –, dass selbst Ersatzinvestitionen derzeit verschoben werden. Ich will gar nicht davon sprechen, dass wir groß in die Erweiterung gehen. Das ist Gift für die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen wie auch in Deutschland. Ich rufe in Erinnerung, mit wem wir im internationalen Wettbewerb stehen. Das tut insbesondere weh oder ist bedauerlich, weil eine erfolgreiche Energiewende nur mit einer Industrie, die investiert, funktionieren kann, die investiert in immer effizientere Prozesse, in Produkte, die die zukünftige nachhaltige Gesellschaft nachfragt, die das Klima mehr schützen, und natürlich in eine Kreislaufwirtschaft. Wenn das hier nicht passieren würde, fände ich das sehr, sehr

schade. Wir sollten deshalb unsere Energiepolitik logisch und gesamthaft weiter betreiben.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Damit sind wir mit den Antworten aus der ersten Fragerunde durch. Dann kann ich jetzt die zweite Runde eröffnen.

Christian Loose (AfD): Die ersten beiden Fragen werde ich stellen. Die dritte und vierte Frage stellt Herr Stotebeck.

Wir haben jetzt gerade gelernt, dass die Ersten rufen. Der BDEW ruft indirekt nach Subventionen für den Bau von Gaskraftwerken.

Die Leitentscheidung, in der es heißt, dass wir politische Sicherheit brauchen, ist doch erst 2016 getroffen worden. Diese politische Sicherheit haben wir jetzt angeblich mit der Kohlekommission. Kein Bergmann fällt ins Freie – das kann man den 200 Bergleuten, die jetzt gerade von der RAG die Kündigung erhalten haben, dann mal mitteilen.

Das ist die Zusammenfassung, was aus der ersten Runde leider bei mir hängen geblieben ist.

Meine Frage geht an Herrn Hennig und Herrn Professor Alt. Da kam ja im Grunde der Ruf nach Gaskraftwerken. Bald ist ja nichts anderes mehr da, um Dunkelflauten, die man überbrücken muss, zu überbrücken. Hat das nicht eine Auswirkung auf die Strompreise und auf die Importabhängigkeit Deutschlands?

Jetzt macht Herr Strotebeck mit den anderen zwei Fragen weiter.

Herbert Strotebeck (AfD): Vielen Dank an die Sachverständigen für die Ausführungen und auch für die Antworten innerhalb der ersten Fragerunde. Denn da schließen sich zwei Fragen an, und zwar eine an Herrn Priggen. Ihre Kollegen, insbesondere Frau Rauser und Herr Professor Dr. Alt, hatten ja zur Volatilität der Stromversorgung und zu den Kosten ausgeführt. Woraus werden wir ab 2030 unseren Strom beziehen, und wie wird sich dieser nach Ihrer Einschätzung zusammensetzen?

Meine zweite Frage geht an Herrn Backs. Herr Backs, Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben:

> „Für einen Industriestandort wie Deutschland dürfen sich Zweifel an der Versorgungssicherheit überhaupt nicht ergeben.“

Das haben Sie gerade auch noch einmal ausgeführt. Das ist auch verständlich, gerade bei einem Alubetrieb. Aber das gilt auch für andere. In der heutigen Ausgabe der „Rheinischen Post“ stand schon, dass alleine im Monat Juni dreimal der Betrieb heruntergefahren werden musste, weil der Strom abgestellt wurde. Sie werden natürlich für diese Ausfälle entschädigt. Wir wissen aber auch: Geld ist nicht alles. Ich kann mir vorstellen, dass damit sicherlich eine ganze Menge mehr Probleme zusammenhängen. Ich bitte Sie, dazu noch ein paar Ausführungen zu machen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank für die erste Runde. Ich würde gerne eine weitere Frage an Frau Rauser stellen. Sie schreiben auf Seite 2 der Stellungnahme, dass eine kostengünstige Energiewende ohne die erneuerbaren Energien Windenergie und Photovoltaik nicht möglich erscheint. Das ist ein interessanter Satz, der von einigen anderen anders gesehen worden ist. Können Sie das bitte noch ein bisschen ausführen?

Dann würde ich gerne noch Herrn Backs und Frau Rauser fragen: Jetzt sind wir hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Wir haben viel über den Kohlekompromiss und die Bundesebene gesprochen. Was wünschen Sie sich konkret von der Landespolitik im weiteren Verlauf? Was soll da geschehen?

Dann möchte ich noch Herrn Professor Alt eine Frage stellen. Ich habe mit sehr viel Vergnügen Ihre Stellungnahme gelesen und das Zitat von Herrn Thyssen aus dem Jahre 1902: „Ich bitte die Herren, zur Sitzung einige Butterbrote mitzubringen, damit wir durch das Mittagessen keine Zeit verlieren.“ Man lernt ja immer etwas Neues, wenn man solche Sachen liest. Ich weiß nicht, ob das hier zur Sache beigetragen hat, aber immerhin war es witzig, so etwas zu lesen.

Bei dem Zitat allerdings, das Sie hier noch einmal anführen: „Wir haben heute zu viele Berufspolitiker, die weder unabhängig sind noch jemals über den Tellerrand geschaut haben, um zu verstehen, was in der Wirtschaft los ist.“, frage ich mich schon ein bisschen – der kleine Hinweis sei mir erlaubt –, was Sie damit bezwecken, ein solches Zitat in die Stellungnahme hineinzuschreiben, wo wir uns hier doch ernsthaft mit dem Thema beschäftigen.

Aber das war eigentlich nur die Vorrede. Ich möchte Sie fragen, weil Sie auf der Seite 6 zu einem Fazit kommen. Dort sagen Sie ja, selbst wenn es den anthropogen verursachten Klimawandel gibt, trägt Deutschland trotzdem nur 2,5 % zu den weltweiten CO_2-Emissionen bei, und Sie kommen deshalb zu dem Fazit, deswegen werde die deutsche Energiewende auch nichts bewirken können.

Das ist jetzt ein bisschen weiter ausgeholt, aber Deutschland ist ja nicht nur das Land der Ingenieure und der Dichter und Denker und der Industrie, sondern auch das Land von Immanuel Kant. Den kategorischen Imperativ Immanuel Kants werden Sie kennen. Den kennen wir alle. Danach gilt es ja zu handeln.

Selbst wenn wir nur diese 2,5 % Anteil haben, hat Deutschland aber insgesamt pro Einwohner einen CO_2-Rucksack von ca. 9 t. Wir müssen theoretisch runter auf ca. 2 t, wenn wir das Pariser Klimaschutzabkommen ernst nehmen.

Vor dem Hintergrund, dass Energieerzeugung zu einem Großteil dafür verantwortlich ist und gerade auch Kohle, CO_2 zu produzieren – auch wieder heruntergerechnet pro Kopf –, muss ich dann nicht, wenn ich es ernst nehme, wenn ich es ethisch betrachte, vernünftig betrachte, nach Immanuel Kant betrachte, schauen, dass ich auch in der Energiepolitik zu einem Reduktionspfad komme? Ist das nicht auch eine vernünftige Sicht, auch wenn ich nur 2,5 % an CO_2 insgesamt in der Welt verursache?

Frank Sundermann (SPD): Meine Damen und Herren, ich habe gerade Frau Brems nach einem Kant-Zitat gefragt. Da wir beide Ingenieurin und Ingenieur sind, fallen uns

die Zitate nicht ein. Einen Naturwissenschaftler habe ich jetzt gerade nicht zur Hand, aber würde den, wenn gewünscht, nachliefern.

Ich würde gerne als Einstieg eine Frage an Herrn Backs stellen. Sie haben ja gerade ausgeführt, dass das Investitionsklima für Ihre Branche, aber auch für die gesamte Industrie aktuell in Nordrhein-Westfalen oder, ich vermute, in der ganzen Bundesrepublik vor dem Hintergrund der zu strukturierenden Energiewende sehr schlecht ist oder im Prinzip nicht vorhanden ist, dass Sie nicht investieren können, dass selbst Ersatzinvestitionen nicht getätigt würden.

Ich habe vor diesem Hintergrund die Frage an Sie: Über die WSB-Kommission ist ja ein Rahmen gegeben worden, der im Prinzip bis 2038 reicht. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass – das ist ja der große politische Wille auch in diesem Land – dieser Kommissionsbericht, das, was als Paket über die WSB-Kommission auf dem Tisch liegt, wirklich auf Punkt und Komma umgesetzt wird, sehen Sie dann diese fehlende Investitionsmöglichkeit oder diese fehlende Investitionsbereitschaft bis 2038?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Priggen und an Frau Rauser. Wir haben uns ja jetzt auch etwas intensiver über den WSBK-Bericht unterhalten. Zwei Fragen neben dem Aspekt, den CO_2-Ausstoß zu reduzieren, sind ja Versorgungssicherheit und Preis. Im WSBK-Bericht stehen ja auch einige Instrumentarien, die eingesetzt werden sollen, um den Preis möglichst nicht extrem steigen zu lassen und die Sicherheit kontinuierlich über den ganzen Prozess zu gewährleisten. Meine Frage ist, wie Sie diese Instrumentarien, die dort angelegt sind, einschätzen und wie Sie in diesem Zusammenhang die Möglichkeit oder die Notwendigkeit sehen, in den Revisionspunkten dort unter Umständen nachzusteuern.

Jörn Freynick (FDP): Meine erste Frage geht auch noch einmal an den BDEW, an Frau Rauser. Was können Sie dazu sagen, inwieweit wir Energie in Zukunft speichern können, inwieweit wir uns dort auf den Weg gemacht haben und inwieweit es vor allen Dingen hier in Nordrhein-Westfalen in Zukunft Speichermöglichkeiten gibt? Welche Entwicklungen gibt es dort im Moment? Was tut aus Ihrer Sicht die Landesregierung? Ist das zufriedenstellend, um hier auch weitere Innovationen zu befördern?

Meine zweite Frage geht an die IG BCE, an Herrn Rendla. Meine Frage ist: Wenn es jetzt konkret um Maßnahmen geht, beispielsweise im Rheinischen Revier, um Arbeitsplätze zu erhalten oder an anderer Stelle verlagert zu entwickeln, welche Maßnahmen schweben Ihnen da vor? Inwieweit lassen sich neue Arbeitsplätze mit Innovationen und auch mit technischer Entwicklung verbinden, gerade im Hinblick auf Klimanotstand bzw. auf die Klimaproblematik?

Wibke Brems (GRÜNE): Wir haben eben einige Sachen gehört, auch Zitate, wenn auch nur die Überschrift eines „FAZ“-Artikels, in dem es um Stromchaos gehen soll. Meine erste Frage geht an Frau Rauser. In dem Artikel geht es darum, dass wir es in den letzten Wochen mit Eingriffen in die Netzstabilität, Netzsicherheit zu tun hatten. Wenn man das genau liest, sieht man, dass in dem Artikel eigentlich nicht viel mehr als das steht. Da steht nämlich nur drin, dass man jetzt – das kann ungefähr acht

Wochen dauern – ja erst einmal herausfinden muss, wo die Ursachen liegen. Die Ursachen können eben auch beispielsweise in Leerverkäufen stecken und in entsprechend fehlender Regulatorik.

Ein weiterer Aspekt – bevor ich dann konkret zu der Frage komme –: Ich habe in direkten Gesprächen, beispielsweise auch mit der STEAG, in den letzten Tagen erfahren, dass es immer wieder auch mal an der Börse zu Preisspitzen kommt, die unerklärlich sind, wenn man nur auf die Technik guckt, und dass es starke Vermutungen gibt, dass eben solche Preisspitzen auch an sogenannten autoTRADERn liegen, also an Algorithmen, die quasi im Hintergrund automatisch verkaufen und den entsprechenden Handel machen.

Ich bitte Sie, dieses Bild zu vervollständigen und vielleicht auch etwas dazu zu sagen, was aus Ihrer Sicht da vielleicht an Regulatorik oder an sonstigen Handlungsmöglichkeiten zu sehen ist.

Die zweite Frage richte ich auch an Sie, aber auch an Herrn Priggen. Frau Rauser, Sie sind eben noch einmal auf das Thema eingegangen, dass ja Zeitabläufe von 19 Jahren in der Energiewirtschaft nicht so sonderlich lang sind. Jetzt gibt es aber zum Teil auch kürzere Zeitabläufe im Bericht der Kommission, weil ja nicht erst alles 2038 abgeschaltet wird, sondern ja auch vorher schon, Anfang und Mitte der 20er-Jahre, etwas passieren muss. Vor diesem Hintergrund können Sie vielleicht noch einmal etwas dazu sagen, wie die entsprechenden Zeitabläufe aus Ihrer Sicht aussehen, um quasi Verzögerungen bei Kraftwerksabschaltungen wegen Systemrelevanz zu vermeiden, bzw., was da und wie schnell da etwas getan werden muss. Vom LEE würde mich interessieren, wie Sie das aus Ihrer Sicht einschätzen.

Meine letzte Frage geht ausschließlich an Herrn Priggen. Sie werden immer mal wieder zitiert, dass Sie bei der letzten Anhörung, die wir hier im Februar hatten, die Landesregierung gelobt haben für ihren Einsatz innerhalb der Kommission. Jetzt lesen wir aber hier in der Stellungnahme eine Kritik an der Landesregierung zur Umsetzung des Kommissionsberichts, und zwar, dass in vielen Fragen zu passiv agiert werde. Vielleicht können Sie erklären, wie diese beiden Sachen zusammenpassen und was ganz konkret Ihre Kritik ist.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen. – Jetzt kommen wir wieder zur Antwortrunde.

Frank Hennig: Die Frage an mich ging in Richtung Erdgas.

Gestatten Sie mir ganz kurz noch eine Bemerkung der Verwunderung, weil immer wieder betont wird, das Ergebnis der Kohlekommission sei ein Kompromiss und würde gesellschaftlich Frieden stiften. Ich kann mich erinnern: Bereits am nächsten Morgen nach Ende der Kohlekommission haben die beteiligten NGOs und meines Wissens auch die Grünen bekannt, dass sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind und dass die Zahl 2038 viel zu spät liegt, und man müsse jetzt alles daran setzen, diese Zahl vorzuziehen. Das ist aus meiner Sicht eher die Aufkündigung eines Kompromisses. Den gesellschaftlichen Frieden sehe ich auch nicht. Wenn ich die Ereignisse im Vorfeld am

Hambacher Forst sehe, kann ich nicht erkennen, dass die Ergebnisse der Kohlekommission zu einer öffentlichen Befriedung dieses Konflikts beigetragen hätten. Das nur kurz als persönliche Bemerkung.

Zum Thema „Erdgas“: Deutschland ist heute schon der größte Erdgasimporteur weltweit. Mit der Abkehr von Steinkohle und Braunkohle wird sich dieser Anteil natürlich steigern. Wir sind aus wirtschaftlichen Gründen aus der Steinkohle ausgestiegen und steigen aus politischen Gründen aus der Braunkohle aus. Die eigene Erdgasförderung wird Ende der 20er-Jahre enden. Das heißt, wir haben im Grunde genommen keine eigenen Energierohstoffe mehr. Ich lasse an der Stelle mal die Wasserkraft und die Biomasse aus Dimensionsgründen weg.

Auch die Zulieferanten im Umfeld haben sinkende Tendenzen. In den Niederlanden geht die Förderung zurück. Die deutsche Binnenförderung geht zurück. Die Norweger müssen hoch in die Nordsee, um neue Felder zu erschließen. Das alles treibt den Preis. Russland diversifiziert seine Abnehmer. Die Leitung „Sila Sibiri“ schickt Gas nach China, die „Turkish Stream“ Gas in Richtung Türkei und Südeuropa. Das heißt, Russland ist nicht mehr auf Europa angewiesen als einzigen und großen Kunden, und Russland kommt in eine ganz andere und viel stärkere Verhandlungsposition, wenn es um die Preisverhandlungen geht. Zusätzlich haben wir natürlich die Möglichkeit, verflüssigtes Erdgas aus den USA oder Katar zu importieren, was aus heutiger Sicht preislich eher problematisch ist. Aber die Stationen zur Verflüssigung werden ja schon mal durch die Gaskunden getragen und nicht durch private oder staatliche Investitionen. Die Frage wird nicht sein, ob wir Nord Stream 2 brauchen oder Flüssiggas. Die Antwort ist: Wir werden beides brauchen, und das in erheblichen Mengen mit Auswirkungen auf die Preise. Das wird die Folge sein. Wobei natürlich das Maß der Preiserhöhung heute nicht vorhergesagt werden kann.

Prof. Dr. Helmut Alt (Fortschritt in Freiheit e. V.): Die erste Frage bezog sich darauf, dass wir das Erzeugungssystem beherrschen können, wenn wir Kernenergie und Kohle, Steinkohle und Braunkohle ganz abschalten. Das ist dann richtig, wenn wir diese Kraftwerke möglicherweise an den Standorten, an denen wir sie gerade außer Betrieb genommen haben, durch Gaskraftwerke ersetzen. Denn ob das ein Gaskraftwerk ist oder ob das ein Kohlekraftwerk ist, das spielt für die Versorgung natürlich keine Rolle. Der Generator ist ohnehin der gleiche. Von daher ist das machbar.

Wir müssen nur bedenken: Wir haben dann sehr viele Investitionsmittel schlicht und einfach vernichtet. Denn gerade in der Braunkohlestromversorgung werden ja, wie Sie wissen, riesige Vorinvestitionen getätigt, und wenn Sie solche Vorinvestitionen, die Grubenerschließung und alles, was da dran hängt, um zehn Jahre verkürzen, dann müssen Sie die Kosten natürlich um zehn Jahre kürzer abschreiben. Wenn Sie dafür 30 Jahre kalkuliert hatten, dann wird das schon einmal alles um ein Drittel teurer. Es ist auch total unvernünftig, Investitionsmittel, die man für 30 Jahre getätigt hat, um irgendwelche beliebigen Zeiten zu verkürzen. Das macht ja kein vernünftiger Mensch. Wenn man es einmal entschieden hat, muss man auch dabei bleiben, um eben die Kosten für unsere Stromversorger, die dann den Strom nutzen wollen, auch bezahlbar zu halten. Anders geht es nicht.

Wir müssen auch bedenken, wenn wir dann da Gaskraftwerke stehen haben: Das Gas fällt ja nicht vom Himmel. Wir stellen ja gerade die Überlegung an, in der Nordsee ein Terminal, um USA-Gas anzulanden, eventuell zu nutzen. Naheliegender und kostengünstiger ist natürlich, das aus Russland zu beziehen. Sie wissen, dass Putin gerade dabei ist, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen. Er ist auch begeistert, uns mit Gas zu beliefern. Mir hat ein Russe persönlich mal gesagt, die haben ja ihre Kernkraftwerke in Betrieb genommen und die Gaskraftwerke außer Betrieb genommen, weil das Gas viel zu schade ist, um es in Russland in Strom zu verwandeln. Das machen die aus Kernenergie und wollen das Gas retten. Die wissen ja auch, dass das in der Menge beschränkt ist und man sehr sorgsam damit umgehen muss. Vielleicht kann man es auch mal nach China liefern. Das ist also sehr vernünftig, das Gas nach Europa zu liefern, insbesondere nach Deutschland. Deutschland ist zahlungskräftig und wird das wohl bezahlen, was Herr Putin sich dann auch für die Zukunft an Gaspreis denkt. Das ist sicher nicht niedriger als heute.

Jetzt komme ich zu der Frage des Abgeordneten von der CDU. Verzeihen Sie mir. Der große deutsche Stromversorger Thyssen hat über 100 Jahre zu der sichersten und besten und auch einer relativ kostengünstigen Stromversorgung in der Welt beigetragen. Wir hatten nämlich die beste Stromversorgung der Welt, für die wir von den Amerikanern und auch von anderen Ländern immer bewundert wurden. Das hat über 100 Jahre lang ja bestens geklappt.

August Thyssen war mit einem Butterbrot zufrieden. Verzeihen Sie; Sie sind ja fast im Alter meiner Enkelkinder. Ich wollte Ihnen das mal an die Hand geben, dass auch Ihre Urgroßväter schon sehr wirtschaftlich gedacht haben. Ich habe das ja auch an der Stelle platziert. Sie sehen, kurz danach kommt der Brief unserer verehrten Bundeskanzlerin Angela Merkel aus dem Jahre 2004, mit dem sie sich sehr bedankt für einige kluge oder brauchbare Hinweise.

Wenn man die Hochschule beendet, muss man ja auf Stellensuche gehen. Das habe ich auch gemacht im Jahre 1972. In einem Großunternehmen fragte mitunter der Vorstandsvorsitzende, dem man vielleicht gegenübersaß, dann: Was wollen Sie verdienen? – Dann habe ich gesagt: Ich habe schon zwei Kinder. Mein Assistentengehalt ist A 13. Ich denke, dass ich das wohl halten kann. – Dann nahm der seinen Rechenschieber und schob ein paar Mal hin und her und gab mir zu erkennen: Oh, das ist aber viel. – Dann versuchte ich, zu sagen, dass ich, weil ich die Übung Elektrotechnik für Maschinenbauer am Institut machen durfte, noch 100 DM Stellenzulage bekomme. Dann verfinsterte sich seine Miene, und er sagte: Das ist zu viel. – Wenn ich noch ein Wort gesagt hätte, wäre ich draußen gewesen. Das war mir völlig klar.

Daran wollte ich Ihnen nur mal aufzeigen, dass man im Berufsleben oft Kompromisse machen muss. Solche Kompromisse hat man dann gelernt, um dann im Wirtschaftsleben vielleicht auch vernünftige Kompromisse zu machen und damit Stilllegungen von großen investiven Mitteln sehr behutsam anzugehen und nicht in irgendwelchen Kommissionen relativ fachfremd Daten zu setzen, die man dann in der Realisierung doch sich schwer tut, zu verwirklichen.

Vor allen Dingen – das ist das Problem unserer heutigen Stromversorgung –: Bei all diesen Gremien, die wir so machen, sitzt meine Mutter, die den Strom bezahlen muss,

nie mit am Tisch. Die hat auch keine Lobby. Da wird etwas beschlossen, und dann kommen die Unternehmen – ob das die Stadtwerke sind oder wer auch immer – nicht umhin, entsprechend die Preise zu erhöhen. Unser Wirtschaftsstandort und Industriestandort Deutschland lebt davon, dass wir auf dem Gebiet der Energie – man sagt ja auch, das ist das Blut der Wirtschaft, und das Blut muss fließen – zu Preisen kommen, die für alle bezahlbar sind.

Das ist höchstgefährlich. Ich kann nur wieder an Sie appellieren. Dass wir bei solchen theoretischen Modellen, dass wir von heute auf morgen alle Kraftwerke durch Gaskraftwerke ersetzen, etwas CO_2 sparen würden, ist richtig. Aber in erster Linie wäre es nicht richtig, denn die Kernkraftwerke wären CO_2-frei gewesen. Die haben wir aber stillgelegt, und jetzt haben wir nur noch, wenn die dann stillgelegt sind, Kohlekraftwerke. Die ganze Welt macht auch weiterhin Kernenergie und ist dadurch CO_2-frei. Das ist ja unser Problem mit Frankreich. Frankreich kann immer tönen, CO_2-Vorbild zu sein. Die machen Strom aus Kernenergie. Dann haben sie kein CO_2. Dann können sie jetzt die CO_2-Gebühren und CO_2-Preise auch beliebig hoch setzen.

Ich gebe Ihnen eine Garantie. Im Fernsehen wurden 60 Euro pro Tonne CO_2 ins Spiel gebracht. Ich glaube, das war von grüner Seite. Ich garantiere Ihnen, dass die nicht wissen, dass dann notwendigerweise der Strom aus der Erzeugung der Braunkohle um sechs Cent pro Kilowattstunde teurer werden muss, plus Mehrwertsteuer natürlich für den Kunden, der das bezahlen muss. Denn 60 Euro pro Tonne CO_2 durch zehn geteilt, ergibt sechs. Das weiß jeder. Das ist die physikalisch notwendige Strompreiserhöhung. Das ist nun einmal so. Das kann man energetisch ausrechnen. Dann kann ich da nicht einfach von 60 Euro sprechen, wenn ich gar nicht weiß, was das bedeutet, nämlich dass das notwendigerweise den Strompreis an der Quelle, im Kraftwerk, um sechs Cent erhöht. Das ist so.

Ich kann Ihnen nur danken, und ich bin gerne bereit, noch weitere Fragen zu beantworten.

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage zu dem Butterbrot ganz beantwortet habe.

Ein optimaler Kraftwerksmix – das hatte ich genannt – besteht darin, möglichst die Ressourcen, die wir geschaffen haben, auch bis zum Ende der betrieblich definierten Laufzeit zu nutzen und dann wieder neu zu überlegen und das immer wieder in jedem Jahrzehnt zu optimieren. Darüber, was politisch gewollt ist, kann man dann diskutieren. Das ist klar. Man sollte aber nicht vorzeitig aus Willkür irgendwelche hohen Investitionsmittel nicht mehr nutzen. Davon kann ich nur ernsthaft abraten, auch wegen des CO_2.

Eine meiner Töchter ist jetzt für ein Jahr am Südpol auf einer Forschungsstation, auf der Scott Base. Die sagte mir – dort finden Forschungen zum Ozonloch statt –: Das Ozonloch ist wieder zugegangen.

Wenn alle Deutschen – das kann ich Ihnen sagen – heute tot umfallen, ändert sich das Klima genau wie bisher. Viele auf der Welt merken das. Das sind die armen Leute in Afrika, in Südamerika und in Indonesien. Die merken, dass Brot für die Welt nicht mehr da ist, dass Adveniat nicht mehr da ist und dass MISEREOR nicht mehr da ist und die Projekte finanziert. Die sind alle nicht mehr da. Das merken die. Das ist bitter für die.

Aber das Klima wird sich dadurch, dass wir alle Kraftwerke stillgelegt haben, nicht anders entwickeln als heute. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Reiner Priggen (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.): Eines muss ich zunächst sagen, weil Herr Alt mich dazu ermuntert hat. Der Blick in die Thyssen-Kultur vor 100 Jahren war ja spannend. Ich bin jetzt nicht ganz so alt, aber ich erinnere mich an den U-Boot-Skandal von thyssenkrupp. Ich erinnere mich an das Brasilien-Abenteuer von Thyssen, das in eine existenzielle Schieflage führt.

Ich finde es unglaublich spannend, wenn wir jetzt Gespräche führen mit Thyssen und mit Salzgitter, dass beide uns sagen, die einzige Chance für die Stahlerzeugung in Deutschland – sie zu halten auch im Wettbewerb gegen unreinere Stähle aus anderen Ländern – ist, sie auf erneuerbare Energie umzustellen. Salzgitter sagt, sie sind so weit. Sie haben die Leitung in den Norden. Sie können mit Wasserstoff und erneuerbaren Energien CO_2-freie Stahlherstellung machen. Das ist auch die Nachricht von Thyssen. Insofern gibt es da einen gewissen Kulturwechsel. Das mit dem Butterbrot ist sympathisch, aber nach vorne geht die Musik auch in der Stahlerzeugung an Traditionsstandorten bei uns in Richtung Erneuerbare. Das nur als ganz kleine Replik.

Ich bin gefragt worden, wie die Stromerzeugung 2030 aussieht. Die Kommission hat sich dazu verhalten und sagt das sehr klar: 2030 noch 9 GW Braunkohle, jeweils drei Rheinisches Revier, drei Mitteldeutsches Revier, drei Lausitzer Revier, 9 GW Steinkohle.

Aber gucken Sie sich mal an, wie die Steinkohle tatsächlich im Betrieb ist. Wir haben jetzt wochenlang Phasen gehabt, in denen die Steinkohle nur noch zwischen 1 GW und 2,5 GW überhaupt im Netz war. Das heißt, die Steinkohle steht unter erheblichem Druck. Die 9 GW 2030 sind optimistisch.

65 % Erneuerbare – das ist das Ziel der Bundesregierung. Das muss auch umgesetzt werden. Dann werden wir natürlich einen relevanten Anteil Gas haben. Dann wird Gas-KWK an verschiedenen Standorten zugebaut werden, wie bei uns hier in Herne oder auch an anderen Standorten, ähnlich wie das in Düsseldorf der Fall gewesen ist. Das werden Kraftwerke sein, die auch Power-to-Gas-ready sein können in der ganz weiten Perspektive. Insofern ist das die Zusammensetzung.

Ich bin gefragt worden, wie die Abläufe vor dem Hintergrund der 19 Jahre aus unserer Sicht zu bewerten sind. Ich kann nur positiv rekapitulieren: 2007 ist nach ganz, ganz langen und erbitterten Diskussionen ein Kompromiss gefunden worden, nämlich Beendigung der Steinkohleförderung in Deutschland 2018, elf Jahre Vorlauf. Der Punkt, an dem man es festgesetzt hat, hat dazu geführt, dass die Diskussion an den Standorten in eine konstruktivere und ruhigere Phase kam. Es gab immer noch Leute, die damit nicht einverstanden waren – das ist auch in Ordnung –, aber die Grundsatzentscheidung ist gefallen und ist in Gesetze gegossen worden. Ab da konnten sie an den Standorten anders diskutieren.

Das ist für mich auch einer der großen Werte des Kompromisses. Wenn er umgesetzt wird, sind ab da die Parameter klar. Ob das zwei oder drei Jahre früher oder später ist, was an Anteilen da ist, ist nicht der Punkt, sondern der Weg ist klar. Das muss nur

konsequent angegangen werden, weil nur darüber Sicherheit hergestellt werden kann für alle Beteiligten.

Frau Brems hat noch gesagt, ich hätte die Landesregierung gelobt, und jetzt würde ich sie auch in Punkten kritisieren.

Ich will das differenzieren: Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen war bei allen Kommissionssitzungen präsent, zum Teil mit zwei, drei oder vier Leuten. Ich glaube, so viel bin ich mit Herrn Dr. Pinkwart noch nicht zusammen gewesen wie bei diesen Sitzungen. Auch der Ministerpräsident war da. Die Zusage von 15 Milliarden Euro Fördermitteln für 20 Jahre ist ein Erfolg. Das kann man überhaupt nicht anders sehen, weil das Strukturwandelmöglichkeiten einräumt. Wenn ich mir vorstelle, man hätte etwas Derartiges vereinbart im gleichen Kontext damals für Steinkohlestandorte, hätten Sie sich gefreut. Das ist ein Erfolg.

Kritisieren muss ich Sie, denn der Kompromiss beinhaltet diese Struktursachen, aber er beinhaltet auch das, was Kompromiss war für die Umweltverbände, und das ist der Ausbau der Erneuerbaren. Das ist auch der Schutz des Hambacher Waldes. Dazu gehört auch, sich um die Menschen in den Dörfern, die noch von Umsiedlungen betroffen sind, zu kümmern. Kümmern heißt auch, hinzugehen und für die wenigen, die dann noch betroffen sind, Lösungen herzustellen. Es kann doch nicht sein, dass in dieser letzten Phase jemand, der Tierhaltung hat, 4.000 m², raus soll und dem ein Neubaugrundstück mit 600 m² in der Besiedlung angeboten wird und dass man nicht in der Lage ist, dafür eine individuelle Lösung zu finden. Aber darum muss sich jemand kümmern.

Mein Lob bezieht sich auf den starken Einsatz für die Strukturmittel. Die Kritik ist, dass jetzt, nachdem das eine sicher zu sein scheint, an den anderen Stellen nicht gearbeitet wird. Dazu gehört auch die Frage des Ausbaus der Erneuerbaren. Man kann doch nicht Ja sagen zu dem Kompromiss, die 15 Milliarden nehmen und dann 1.500 m Abstand einführen – Windkraft im Wald wird nicht mehr zugelassen – und das herunterwürgen auf nur noch 5 % bis 10 % dessen, was früher gebaut worden ist. Wenn man das macht, ist das ein Ungleichgewicht. Das ist die Kritik. Die muss auch so sein. Das, was vernünftig ist, muss man loben, muss man anerkennen, aber das, was nicht geht, was auch nicht dazu passt und das Ganze infrage stellt, muss auch kritisiert werden. Dem diente die Feststellung.

Sabine Rauser (BDEW-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen): Mehrere Fragen haben sich auf die Preisaspekte bezogen. Dann war auch die Frage, welche Einflüsse gerade die erneuerbaren Energien auf die Preise haben. Ja, wir gehen schon davon aus, dass erneuerbare Energien zumindest absehbar ohne Förderung am Markt werden bestehen können. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Förderungen im Erneuerbaren-Bereich doch auch stark zurückgegangen sind. Insofern ist es natürlich schon möglich oder wird wahrscheinlich auch so eintreten, dass hier die Erneuerbaren dem möglicherweise steigenden Strombörsenpreis entgegentreten können in dem Sinne, dass die Gaskraftwerke, die ja etwas höhere variable Kosten haben, quasi profitieren von diesem Einfluss, den die Erneuerbaren mit ihren wesentlich niedrigeren

und möglicherweise mehr oder minder auf null hinauslaufenden variablen Kosten haben werden. Insofern sehen wir da durchaus auch letzten Endes einen preisdämpfenden Einfluss. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist: Wie hoch ist denn überhaupt der Anteil der reinen Stromerzeugung am Endverbraucherpreis? Letzten Endes sind das aktuell nur um die 20 %, also etwa ein Fünftel. Das muss man auch noch einmal im Auge haben. Vor dem Hintergrund muss man auch noch einmal den Blick werfen auf die sonstigen Steuern, Abgaben, Umlagen, die auf den Verbraucherpreisen liegen. Da hat die Kohlekommission ja auch gesagt: Okay. Um den Strompreisanstieg zu begrenzen und auch – ich fange mal mit den privaten Haushalten an – um die privaten Haushalte zu entlasten, wären hier auch geeignete Maßnahmen vorzusehen, zumindest direkt auch die Abschaffung der Stromsteuer. – Ich glaube in der Tat, über diese Fragen muss man sich Gedanken machen bzw. die auch angehen.

Selbstverständlich muss man auch die Industriepreise im Blick haben. Das ist überhaupt keine Frage. Es wäre absolut fatal, wenn die Energiewende dazu führen würde, dass die Industrie, die hier stark verwurzelt ist, die selbstverständlich wichtig ist für Arbeitsplätze, für die Entwicklung von NRW usw., vergrault würde. Das ist selbstverständlich ein Aspekt, der absolut vorrangig betrachtet werden muss. Vor dem Hintergrund ist es auch notwendig, hier preisreduzierende Maßnahmen anzugehen. Aber auch hier hat ja die Kohlekommission bereits einige Vorschläge gemacht. Auch die gilt es jetzt anzupacken.

Dann wurde gefragt nach Wünschen an die Landespolitik. Was kann man sich alles vorstellen? Das sind natürlich einige Aspekte, die mehr auf die Bundesebene abzielen. Ich glaube, wir haben heute schon zu Genüge gehört, dass die NRW-Landesregierung ja auch mit am Tisch saß bei der Verhandlung der Kohlekommission. Vor dem Hintergrund gehe ich davon aus, dass sich die Landesregierung sicherlich auch einsetzen wird, wenn es um die entsprechenden Gesetze auf Bundesebene geht und darum, die auch zügig umzusetzen und das nicht in irgendeiner Form auf die lange Bank zu schieben.

Eine Versorgungsstrategie NRW ist die Landesregierung auch schon angegangen. Sie hat zwar noch nicht das Licht der Welt erblickt, aber das soll ja wohl in der kommenden Woche passieren. Das ist sicherlich auch ein guter Punkt, dass neben den Entwicklungen im Bund hier auch die Landesregierung aktiv die Sachen anpackt und auch die Rahmenbedingungen für alle Betroffenen in NRW noch einmal in den Blick rückt und selbstverständlich auch entsprechend gestalten will. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, denn selbstverständlich ist NRW als Kohleland hier ganz besonders betroffen, und selbstverständlich müssen hier gerade auch bezogen auf den Strukturwandel eine Menge Punkte angepackt werden.

Da kann ich immer nur sagen, dass die Energiewirtschaft da auch bereitsteht, sich aktiv einzubringen, um die Sachen voranzubringen für die Industrie, klar, für die eigene Wirtschaft, aber selbstverständlich auch für die Bürger und Bürgerinnen und die Beschäftigten, um die es geht. Das ist gar keine Frage.

Dann gab es eine Frage nach den Speichern. Das ist natürlich ein wirklich breites Thema. Ich versuche, mich relativ kurz zu fassen. Das ist auch ein Punkt, der, wie gesagt, wichtig ist, der angegangen werden muss, wo aber natürlich auch schon eine ganze Reihe von Arbeiten in der Vergangenheit gelaufen sind und auch zukünftig weiter laufen, nicht nur im Bereich Forschung und Entwicklung, sondern auch ganz praktisch in den Fragen, wie man auch kurzfristig Speicher ins Leben rufen kann. Die ganze Diskussion um Power-to-X läuft. Hier gibt es eine Reihe von Projekten. Die Technologie an sich ist ja auch relativ weit entwickelt. Es geht sicherlich darum, diese Prozesse auch wirtschaftlich auszurichten und auch in größerem Maßstab. Das ist sicherlich eine Herausforderung, der wir uns jetzt alle stellen müssen. Aber auch da laufen die Arbeiten, und es ist ja auch eine ganze Reihe von Projekten auf dem Weg.

Wasserstoff ist ja schon angesprochen worden. Da ist natürlich auch der Punkt die Gasinfrastruktur. Gasinfrastruktur ist in NRW breit vorhanden. Natürlich ist auch generell die Gasinfrastruktur immer eine Möglichkeit, im Rahmen von Sektorkopplung auch als Speicher zu dienen und, wenn wir noch etwas weiter in die Zukunft gucken, natürlich auch als Medium, Wasserstoff aufnehmen zu können und transportieren zu können. Das sind auch Punkte, mit denen wir uns beschäftigen müssen und wir uns auch schon länger beschäftigen. Das sind natürlich auch Entwicklungen, die in den kommenden Jahren anstehen. Ich glaube, wenn wir in zehn oder 15 Jahren hier zusammensitzen, dann ist auch Wasserstoff sicherlich ein Thema, das quasi zum Alltag dazugehört – vielleicht noch nicht zum Alltag, aber doch immerhin schon in der einen oder anderen Anwendung.

Dann ging es noch einmal um die Versorgungssicherheit und die Netzstabilität. Da kann ich mich im Wesentlichen nur wiederholen. Bei einzelnen Maßnahmen bzw. einzelnen Events sozusagen ist es immer sehr schwierig, aus der Entfernung etwas dazu zu sagen. Sicherlich muss man sich die einzelnen Fälle jeweils noch einmal sehr genau angucken.

Die neue Welt ist mit Wettbewerb, mit Unbundling verknüpft, Unbundling in dem Sinne, dass es die unterschiedlichsten Rollen am Markt gibt und natürlich auch eine Menge neue Möglichkeiten gibt, zu agieren. Das ist nun einmal so und hat auch gewisse Auswirkungen. Das ist gar keine Frage. Dann komme ich aber wieder auf den Punkt zurück, dass man hier auch die entsprechenden Maßnahmen vorsehen muss bzw. dann gerade den Netzbetreibern die unterschiedlichen Möglichkeiten an die Hand geben muss. Das muss aufgebaut werden. Das ist gar keine Frage. Das muss auch noch weiterentwickelt werden. Wir gehen jetzt ja auch im Verteilnetzbereich die Diskussion Redispatch an. Das sind Entwicklungen, denen wir uns, wie gesagt, stellen.

Letzten Endes wird es sich aber häufig nicht um ein Hexenwerk handeln. Das möchte ich betonen. Natürlich werden die Sachen komplexer. Wir haben aber auch Entwicklungen über die Digitalisierung, die auch manche Abläufe leichter machen. Vor dem Hintergrund bin ich ganz optimistisch, dass wir diese Herausforderungen, die sich, wie gesagt, ohne Zweifel stellen, gut angehen können und gerade hier in NRW auch gut meistern können.

Manuel Rendla (IG BCE Landesbezirk Nordrhein): Erlauben Sie mir bitte ganz kurz eine Bemerkung zu den Bergleuten, die bei der RAG gekündigt worden sind. Es handelt sich um 190 Bergleute, die eine sogenannte Non-APG-Kündigung erhalten haben. Dazu muss gesagt werden, dass mehrere Zehntausend Beschäftigte sozialverträglich abgebaut wurden, sowohl in neue Arbeit vermittelt als auch in den Vorruhestand geschickt wurden. Die Personen haben über zehn Vermittlungsversuche erhalten in Industrieunternehmen, zum Teil auch in Bergbauunternehmen mit Erhalt des Untertagestatus. Das haben sie abgelehnt. Dementsprechend haben sie die Kündigung erhalten. In der Kommunikation sowohl des Unternehmens als auch der Gewerkschaft wurde immer offen kommuniziert, dass wir von Arbeit in Arbeit vermitteln für einen Teil der Beschäftigten. Das war für sie von Anfang an klar. Dass die Situation jetzt so gekommen ist, wie sie gekommen ist, tut mir sehr leid für die Leute. Aber das ist in den letzten Jahren immer offen kommuniziert worden.

Zu der Frage, konkrete Arbeitsplätze im Rheinischen Revier zu erhalten, und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen: Im Rheinischen Revier brauchen wir vor allem auch Investitionen an den Kraftwerksstandorten, die wir schon haben. Wir sollten die Flächen, die wir dort bereits als Industrieflächen haben, erhalten und weiter ausbauen. Dazu sollten wir auch Ideen nutzen wie zum Beispiel das Salzspeicherkraftwerk, aber auch Anreize für neue Unternehmen schaffen, dort Investitionen zu tätigen. Dafür brauchen wir – das ist schon gesagt worden – beschleunigte Genehmigungsverfahren. Wir brauchen Sonderregeln für den Strukturwandel im Rheinischen Revier. Wir brauchen aber auch einen Ausbau von Infrastruktur. Ich sehe das als Gesamtpaket, um die Attraktivität im Rheinischen Revier zu erhöhen und somit die Arbeitsplätze dort zu sichern, die wir aktuell haben, und die Arbeitsplätze weiter auszubauen.

Wichtig ist, dass man keine Experimente macht und neue Sachen versucht, sondern das Wissen, das man dort hat, weiter nutzt und ausbaut. Ich glaube, das ist am vielversprechendsten, wenn man ins Ruhrgebiet schaut, wo wir mit dem Strukturwandel schon Erfahrungen sammeln konnten. Wenn wir uns auf die Bereiche konzentrieren, die wir können und in denen wir Erfahrungen haben, wird das am ehesten von Erfolg gekrönt sein.

Im Zusammenhang mit den Klimaauswirkungen, glaube ich, ist es sinnvoll, dass wir uns überlegen, inwieweit wir das Nötige mit dem Möglichen verbinden. Ich nenne als Beispiel Kunststoffrecycling. Wir haben vor Ort viele Unternehmen in der chemischen Industrie, die im Bereich der Kunststoffherstellung, des Rohstoffes, aber auch mit Recycling Erfahrung haben. Ich plädiere dafür, diese Erfahrung zu nutzen und vor Ort Kompetenzen anzusiedeln, gefördert von der Landesregierung, um dort weiter Arbeitsplätze industriell zu schaffen und zu erhalten.

Volker Backs (Hydro Aluminium Deutschland GmbH): Die erste Frage bezog sich auf die Verordnung zur Abschaltung von Lasten, die sogenannte Abschaltverordnung AbLaV. In der Tat sind im Juni sämtliche Aluminiumhütten Nordrhein-Westfalens – es gibt drei: Voerde, Essen und Neuss – abgeschaltet worden, und zwar dreimal, nämlich am 6., 12. und 25. Juni. Darauf beziehen sich augenblicklich sehr, sehr viele Zeitungsartikel.

Diese Abschaltverordnung ist ein Instrument zur Stabilisierung der Netze. Das wird immer notwendiger, weil wir immer mehr volatile, wetterabhängige Energien haben. Das Abschalten von Betrieben, die immer eine große Stromleistung ziehen, geht ganz einfach schneller und ist auch einfacher als das Hochfahren eines Stand-by-Kraftwerks. Wir werden entweder in Millisekunden abgeschaltet oder mindestens nach einer Ankündigung von 15 Minuten je nachdem, in welchem Teil der Abschaltverordnung wir unsere Leistung angeboten haben.

Die Abschaltverordnung ist natürlich auf Freiwilligkeit basierend. Das ist ein Instrument, an dem wir aktiv teilnehmen. Wir mussten dafür investieren. Unsere Ingenieure – ich bin Kaufmann – fanden das gar nicht gut, dass ein Dritter, nämlich der Übertragungsnetzbetreiber, ganz einfach mal unsere Elektrolysen abschaltet. Aber wir sahen das als sinnvoll an, uns darauf vorzubereiten, und haben das auch getan.

Das Instrument berücksichtigt es auch, wenn ein Betrieb Probleme hat und, nachdem er einmal abgeschaltet wurde, nicht noch einmal abgeschaltet werden kann, weil das durchaus zu erheblichen Störungen im Betrieb führt.

Wir bekommen eine Vergütung, weil wir die Strommenge im Falle der Abschaltung auktionieren. Wir bekommen also Geld dafür, dass wir daran teilnehmen. Das ist vielleicht ganz auskömmlich, aber im europäischen Vergleich nicht unbedingt hoch. Das kompensiert aber den Ausfall der Produktion. Zumindest bei uns ist das der Fall. Natürlich ist ein Betrieb wie unserer im globalen Wettbewerb an einer kontinuierlichen Produktion interessiert. Unser Selbstzweck ist ja nicht, dass wir das Stromnetz stabilisieren. Allerdings ist es bei der jetzigen Häufigkeit der Abschaltungen noch nicht zu nennenswerten Störungen im Betriebsablauf gekommen.

Die zweite Frage war eine sehr schöne Frage. Was wünsche ich mir von der Landesregierung hinsichtlich der Empfehlungen der WSB-Kommission? – Wenn ich berücksichtige, dass es schon sehr mühsam war, dass man die der Energieerzeugung nachgelagerte Industrie überhaupt in die Betrachtung der Kommissionsarbeit bekam, dann wünsche ich mir, dass wir tatsächlich der Empfehlung eines Gesamtpaketes folgen. Dann müssen wir auch die gesetzlichen Regelungen, die nun folgen mögen, gesamthaft beschließen. Das würde ich mir wünschen.

Ich wünsche mir also nicht, dass man erst einmal das Abschalten von gesicherter Kraftwerksleistung beschließt und dann mal schaut, wie das mit der Versorgungssicherheit denn funktionieren kann. Das sollte man erst tun, wenn man sicherstellen kann, dass diese gewährleistet ist.

Ich nenne als zweites Beispiel, dass man nicht erst einmal einen Kohleverstromer entschädigt, weil er ja seine Anlagen bis 2045 laufen lassen wollte und jetzt voraussichtlich eher abstellen muss, sondern auch die nachgelagerte Industrie, die sich auf diese günstige und sichere Verstromung verlassen konnte und natürlich auch Milliarden investiert hat hier in Nordrhein-Westfalen.

Also bitte ein Gesamtpaket, in dem alles berücksichtigt ist. Wenn es gewisse offene Punkte gibt oder gewisse wesentliche Teile keine Berücksichtigung finden, dann muss man das Gesamtpaket überdenken.

Die dritte Frage habe ich unglücklicherweise nicht ganz verstanden. Vielleicht kommt es zu einer dritten Fragerunde. Dann wird sie vielleicht präzisiert.

Die Probleme mit der Investition in unseren Betrieben werden behoben sein, wenn wir uns darauf verlassen können, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu haben, und zwar auch in Zukunft. Denn wenn wir in Anlagen investieren, investieren wir für Jahrzehnte. Dann brauchen wir auch die Sicherheit, dass wir die Anlagen über Jahrzehnte wettbewerbsfähig betreiben können. Bei Investitionen haben wir im Augenblick sehr viele Unterstützungsprogramme, also Subventionen in Digitalisierung oder auch neue Industrien, die aber – verzeihen Sie es mir – teilweise noch erfunden werden müssen. Die Diskussion ist wichtig. Das ist keine Frage. Es ist aber auch wichtig, dass man das, was man hat, in die Zukunft weiterentwickelt.

Ich würde mir wünschen, dass man die Betriebe, die Nordrhein-Westfalen eben hat, mehr in diese Berücksichtigung bringt. Denn unser Aluminium genauso wie die Produkte der chemischen Industrie oder der Stahlindustrie werden nicht im Internet hergestellt, und die werden auch zukünftig nicht im Internet hergestellt. Unsere Arbeitsplätze sind auch nicht virtuell. Wenn Arbeitsplätze verloren gehen in der Industrie, dann ist es nicht irgendetwas in der Industrie, was sich in Nordrhein-Westfalen, in diesem großen Industrieland, schon regeln lässt, nein, das sind persönliche Schicksale von meinen Kollegen. Das bitte ich auch, zu berücksichtigen.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Damit sind wir auch mit der zweiten Antwortrunde durch. Jetzt frage ich mal die Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen: Gibt es noch den Wunsch nach einer dritten Fragerunde?

Christian Loose (AfD): Ich habe noch zwei Fragen an Herrn Hennig. Meines Erachtens ist das EEG gescheitert. Wir sind ja auch eine Alternative. Wir denken ja auch über Alternativen nach. Gibt es irgendeine Alternative zum bisherigen EEG, um eine Förderung von sogenannten Erneuerbaren überhaupt noch praktikabel zu gestalten?

Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Hennig, und an Herrn Professor Alt. Welche bezahlbaren und in größerer Menge verfügbaren Speicher sehen Sie aktuell und vielleicht in die Zukunft gedacht 2030?

Frank Sundermann (SPD): Ich möchte dem Wunsch von Herrn Backs nachkommen und meine Frage konkretisieren. Sie haben ja ein relativ düsteres Bild gezeichnet, was die Investitionsbereitschaft Ihrer Branche und auch der gesamten Industrie in Nordrhein-Westfalen anbelangt. Das besorgt einen natürlich, vor allen Dingen als Sozialdemokrat, nicht nur mit Blick auf die Unternehmen, sondern vor allem mit Blick auf die Beschäftigten.

Deswegen war meine Frage in diesem Zusammenhang: Das Ergebnis der WSBK gibt ja einen gewissen Rahmen, wie es im Prinzip mit der Energieversorgung, mit der Bepreisung weitergehen soll. Sie haben ja eben gesagt, das muss eins zu eins umgesetzt werden. Also gesetzt den Fall, das wird eins zu eins umgesetzt, würden Sie das dann

für Ihre Branche so einschätzen, dass das Investitionsklima dann so ist, dass Sie hier in diesem Land investieren könnten, oder nicht? Das ist im Prinzip die Frage.

Wibke Brems (GRÜNE): Ich habe noch eine Frage an Herrn Priggen. Im Antrag lesen wir etwas von 1.100 benötigten Pumpspeicherkraftwerken in NRW – das wird hochgerechnet –, um eine Dunkelflaute von einer Woche überbrücken zu können. Ich möchte von Ihnen gerne hören, für wie realistisch Sie das halten, dass man ausschließlich von Pumpspeicherkraftwerken redet, und welche anderen Aspekte aus Ihrer Sicht ebenfalls noch sinnvoll sind.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank. – Dann kommen wir zu den Antworten.

Frank Hennig: Ich möchte nicht länger zum EEG sprechen, denn das würde ziemlich lange dauern. Tatsache ist: Das EEG gibt es seit dem Jahr 2000. Das war ein sehr schlankes Gesetz, ich glaube, im ersten Anlauf mit zwölf Paragrafen auf wenigen Seiten. Das konnte man fast auswendig lernen. Heute nach sieben Novellen sind das mehr als 110 Seiten mit vier ausführlichen Anlagen. Das ist auch für den einigermaßen juristisch Kundigen schwer verständlich. Der Gesetzgeber ist hier der Maßgabe der Normenklarheit, die vom Bundesverfassungsgericht auferlegt wurde, nur sehr schlecht nachgekommen. Also: Das EEG ist unheimlich schwer zu durchschauen. Das schaffen nur noch Spezialisten, dort wirklich durchzusteigen. Das hat sich aus meiner Sicht überlebt. Es gehört abgeschafft und ein Neuanfang gemacht.

Natürlich soll man weiter neue Energietechnologien, auch die regenerativen, fördern, aber so, dass sie dem System dienlich sind. Wir haben jetzt im Jahresdurchschnitt 40 % Bruttostromerzeugung aus Erneuerbaren und 0 % Systemverantwortung. Die Regenerativen speisen ein. Die Systemverantwortung müssen andere tragen. Das muss regulatorisch behandelt werden. Das könnte man so machen, dass man die Förderung künftig darauf ausrichtet, dass nur noch emissionsarmer, grundlast- und regelfähiger Strom subventioniert oder gefördert wird. Das würde Geschäftsmodelle hervorbringen, die zum Beispiel darin bestehen, dass sich Windparks wirtschaftlich zusammenschließen mit Gaskraftwerken oder mit Speicheranlagen und dann gemeinsam eine fixe Leistung von beispielsweise 30 MW über das ganze Jahr vermarkten. Je nach Wetterlage ist dann in diesen 30 MW mehr Windstrom oder mehr Gasstrom, aber es ist zuverlässiger Strom, der die hohen Redispatch-Kosten und die hohen Systemkosten senken würde. Dafür sollten gern auch Fördermittel ausgegeben werden.

Das EEG in der vorhandenen Form wird den Anforderungen schlicht und einfach nicht mehr gerecht.

Übrigens zum Stand der Energiewende: Vorgestern hat der niedersächsische Ministerpräsident Herr Weil in einem „FAZ“-Interview einen Neustart der Energiewende gefordert. Das gibt zu denken, weil ja Herr Weil bestimmt kein Gegner der Energiewende ist. Aber auch er sieht, dass wir in eine gewisse Sackgasse geraten werden und dass es einen Neuanfang braucht. Neustart ist wie bei einem Computer. Wenn es nicht mehr weitergeht, muss neu gestartet werden. Er hat auch – was für einen Politiker etwas außergewöhnlich ist – die Verbindung zur Kernenergie hergestellt und hat gesagt, der

Webfehler in der Energiewende ist, dass der Atomausstieg ohne Drehbuch gemacht wurde, ohne konkrete Maßnahmen oder einen Masterplan.

Und genauso verfahren wir jetzt beim Kohleausstieg. Wir legen Ausstiegstermine fest und vermutlich in einem Kohleausstiegsgesetz anlagenscharf die Daten der abzuschaltenden Anlagen, ohne gleichzeitig hineinzuschreiben, welche andere gesicherte Leistung zu welchem Zeitpunkt ans Netz geht. Es sei denn, es ist heute jemand hier – ich würde das gerne mitschreiben –, der sagen kann, wann welcher Großspeicher mit welcher Technologie von wem gebaut und betrieben zu welchem Preis wo in Betrieb geht. Diese Daten würden in ein Kohleausstiegsgesetz mit hineingehören. Denn – wie die Kanzlerin schon vor geraumer Zeit sagte – wer aussteigt, muss auch sagen, wo er einsteigt. Und da ist alles, was bis heute dazu gesagt wurde, sehr, sehr vage.

Zum Thema „Speicher“: Es gibt Pumpspeicherwerke. Das ist sehr bewährte Technik. Die gibt es seit über 90 Jahren. Wir haben aber leider in Deutschland nicht die topographischen Möglichkeiten, die umfassend auszubauen, weil schlicht und einfach das Gelände dafür nicht geeignet ist. Es gibt für verschiedene andere Speicherzwecke durchaus geeignete Technologien. Das sind für die Kurzzeitspeicherung auch die Batterien, um Mikroschwankungen abzufangen oder für Kleinanwendungen.

Power-to-Gas ist erwähnt worden. Ich möchte das jetzt hier nicht bereden, sondern nur darauf hinweisen, dass die Bundesnetzagentur in ihrem Szenariorahmen 2018 dazu etwas geschrieben hat im Hinblick auf die Jahre 2030 bis 2035, die Jahresvorschau. Sie hat deutlich formuliert, dass bis 2030, 2035 aus Sicht der Bundesnetzagentur Power-to-Gas nicht in den Bereich der Wirtschaftlichkeit kommen wird.

Nichtsdestotrotz rechnet man weiter damit, dass es solche Anlagen geben wird. Es gibt jetzt in Deutschland knapp 40 Pilotanlagen. Es gibt noch keine Höherskalierung mit Ausnahme der 100-MW-Anlage, die jetzt in Rede ist. Alle Anlagen leben von Fördermitteln oder werden von den Unternehmen mitgetragen. Eine Power-to-Gas-Speicherung im Sinne einer wirtschaftlichen Lösung ist nicht zu sehen, wenngleich sie natürlich große Vorteile hätte. Denn das Speicherproblem von Strom in Deutschland besteht nicht darin, kurzfristige Schwankungen auszugleichen, sondern es besteht in der saisonalen Speicherung. Das heißt, wir müssen den Energieüberschuss aus dem Sommer, der insbesondere aus der Photovoltaik stammt, hinübernehmen in den Winter, wo wir so gut wie keine Photovoltaik haben. Wir haben im Januar nur 15 % der Sonneneinstrahlung, die wir im Juli haben. Wenn um 17 Uhr im Winter die Leute das Licht einschalten, ist die Sonne schon längst untergegangen. Wenn wir an die Sektorkopplung denken, an die Elektromobilität, so ist natürlich die typische Nutzungsweise eines Elektromobils so, dass tagsüber gefahren wird und nachts geladen. Auch da steht uns die Photovoltaik nicht zur Verfügung.

Wir werden weiterhin Speicher brauchen, auch die verschiedenen Technologien. Vollkommen ungeklärt ist die Frage, wer die bezahlt, ob man die Speicherkosten, die erheblich sind auch aufgrund der Speicherwirkungsgrade, einfach so auf den Verbraucher umlegen kann oder wer ansonsten zur Kostenerstattung herangezogen wird. Die Ursache für die Notwendigkeit der Speicherung setzt natürlich die Volatilität der regenerativen Einspeiser.

Prof. Dr. Helmut Alt (Fortschritt in Freiheit e. V.): Der Wunsch, die Hoffnung, einen Stromspeicher zu finden, wird ja jetzt gerade auch hier in NRW deutlich. Die Regierung hier in Nordrhein-Westfalen hat sich ja gerade für Münster für die Forschungsstätte entschieden. Ich hatte das Glück, die mal zu besuchen, und war ganz fasziniert. Die Kollegen dort leisten eine wunderschöne Arbeit. Sie ist es sicher auch würdig, mit Forschungsmitteln und mit finanzieller Unterstützung weiterzukommen. Inzwischen – wie wir heute Morgen in den Nachrichten hören konnten – kommen natürlich aus Ulm, aus Rostock und aus vielen anderen Hochschulstädten auch gewisse Proteste, weil die auf dem Gebiet offenbar auch schon gute Forschungsergebnisse erzielt haben und hoffnungsvoll sind, weitere zu erzielen. Wie auch immer das ausgehen mag, ist das, was da gemacht wird, alles sehr vernünftig.

Nur: Wir müssen erkennen, wir sind in der Physik an und für sich in der Erkenntnis relativ weit, was Stromspeicher angeht. Ich kann Ihnen sagen aus meiner physikalischen Kenntnis, aber sehr verwurzelt, dass wir mit den 127 Elementen, die wir auf der Welt haben – mehr hat der liebe Gott uns nicht geschenkt –, Kombinationen bilden können, um Stromspeicher zu finden. Wir haben mit Bleiakkus angefangen. Wir sind dann über die Lithium-Ionen-Technik gekommen. Jetzt können wir alle 127 miteinander kombinieren oder wie auch immer. Es geht immer um zwei, drei Elektronenvolt, die wir bei einer Molekülumwandlung ernten können. Einen Stromspeicher zu finden, der mit dem Energiespeichervermögen eines 70-Liter-Benzintanks – das sind rund 700 kWh – auch nur annähernd vergleichbar ist, ist leider hoffnungslos. Das gilt heute, und das gilt im Jahre 2030 sicher auch noch.

Noch weiter zu denken wage ich nicht. Denn im Jahre 1930 hätte auch keiner gedacht, dass im Jahre 1938 die Lise Meitner mit dem Otto Hahn eine Energieerzeugungsmethode erfindet. Wenn wir Steinkohle verbrannten – das war das Beste, was man finden konnte –, hatten wir 8 kWh pro Kilogramm Kohle Einsatzstoff. Und da erfindet die irgendetwas, wie man aus 1 kg Einsatzstoff 20 Millionen kWh ernten kann. Das hätte sich ein Jahr vorher niemand vorstellen können. Wenn so etwas in der Speichertechnik passiert, dann bin ich voll dabei. Dann habe ich Unrecht.

In Münster werden die das alles um 20 % verbessern. Das ist klar. Da sind die 800 Millionen ja auch gut angelegt. Aber mehr ist nicht zu erwarten.

In den Unterlagen finden Sie ein Bild von Goldisthal. Das ist der größte Stromspeicher in Deutschland und, ich glaube, auch der größte Europas. Das ist 1 mm hoch und 2 mm breit. Die braune Fläche müssen wir als Speicher abdecken, wenn wir fünf Tage abdecken wollen. Das kleine Rechteckchen oben müsste dann die braune Fläche ausfüllen. Ein zweites Goldisthal finden Sie nicht, es sei denn, Sie schlagen im Schwarzwald alle Umweltschützer tot. Ein zweites Goldisthal zu finden, ist aussichtslos. Das heißt, das Problem der sicheren Stromversorgung mit Stromspeichern zu lösen, geht heute nicht und ist nach heutiger physikalischer Erkenntnis auch in den nächsten 20 Jahren nicht möglich. Das ist vom lieben Gott nicht vorgesehen, dass wir Strom in großen Mengen speichern können.

Darunter leidet ja auch unsere Elektromobilität. Sie kennen ja alle Professor Schuh, den Kollegen von der Hochschule Aachen, der den e.GO auf Fahrt gebracht hat. Das ist ja toll. Der hat inzwischen auch – ich habe oft mit ihm gesprochen – runterskaliert

und wendet sich sehr dagegen, mit seinem Elektroauto von Aachen nach Hamburg oder nach München fahren zu wollen. Er ist streng dagegen, weil er weiß, ein Stromspeicher für eine solche Strecke ist chancenlos. Er verkündet inzwischen auch, dass er ein Auto im Blick hat, um das abzudecken, was die meisten Leute auch nur benötigen. Das sind Tagesrouten von maximal 100 km. Am Abend zu Hause wird das Fahrzeug dann in der Steckdose für die 50 km am nächsten Tag wieder fit gemacht. Das ist auch wunderschön, und dann ist das Elektroauto viel besser als ein Benzinauto und auch für die Umwelt natürlich viel besser. Das ist klar. Aber wenn Sie ein Familienauto brauchen und ab und zu mal von Aachen nach München fahren wollen, dann werden Sie auch auf Dauer nicht mit einem Elektroauto fahren können. Das ist einfach so. Diesen banalen Tatsachen muss man kompromisslos ins Auge sehen. Jedes Element hat seinen Anwendungsbereich. Das Elektroauto ist eben ein Stadtauto. Das ist dann im Prinzip ein Zweitauto, oder man fährt dann immer mit der Bahn nach München. Ich fahre auch nur noch mit der Bahn nach München.

Dass in den Medien diskutiert wird, dass wir das fluktuierende Stromerzeugungsproblem von Wind und Sonne mit Speichern lösen könnten, halte ich für absurd und unsinnig. Das kann auch nicht erfolgreich werden. Leider ist es so. Es wäre schön, wenn es anders wäre, das ist aber nicht so.

Reiner Priggen (Landesverband Erneuerbare Energien NRW e.V.): Mich wundert nur immer, dass so viele Norweger mit einem Tesla von Norwegen nach Italien fahren und dass es eine Privatfirma wie Tesla schafft, europaweit ein Tankstellennetz aufzubauen, und niemand Angst hat, dass er nicht vernünftig von Norwegen nach Italien kommt. Man muss das alles nicht machen, aber das wundert mich. Das ist das Menetekel, dass wir es nicht zu vernünftigen Strecken schaffen. Aber das nur als Erstes.

Als Zweites: Wir haben das eben diskutiert. Da haben Sie sich möglicherweise für mich missverständlich ausgedrückt. Sie haben Systembilanzabweichungen angesprochen, die es im Juni gegeben hat, Instabilitäten. Mein Kenntnisstand ist, dass wir erst in fünf, sechs Wochen ganz genau wissen, was die Ursache war, und dass es den begründeten Verdacht gibt, es sind überhaupt nicht die Erneuerbaren, sondern es sind tatsächlich Leute, die den Handel optimiert haben und so etwas wie Leerverkäufe gemacht haben, um den Preis hoch zu treiben. Dem muss jetzt nachgegangen werden. Das ist eine der Aufgaben, dass die Bundesnetzagentur genau gucken muss, ob so etwas passiert. Wir haben das vor gut zehn Jahren schon einmal gehabt, als ganz findige Stromverkäufer eines großen deutschen Konzerns es geschafft haben, die Zielgröße in der Merit-Order zu durchstoßen, indem sie unten aus der Grundlast Kohle herausgenommen haben, dann ist Gas reingegangen, und der Merit-Order-Preis galt für alles. Da ist ihnen dann die EU auf die Schliche gekommen, und das hat zu Pönalen geführt.

Insofern: Wir sollten uns das im Detail angucken. Es heißt richtigerweise, wir müssen ganz genau hingucken. Die Probleme will ich ja nicht leugnen. Aber wenn es Mechanismen sind, dass Leute den Markt missbrauchen, um optimale Erlöse zu erzielen, dann darf das nicht passieren und muss geändert werden.

Die Frage der 1.000 Pumpspeicher ist natürlich absurd. Niemand kommt vernünftigerweise auf die Idee, 1.000 Pumpspeicher in NRW zu bauen. Das geht alles überhaupt nicht.

Etwas anderes finde ich doch viel spannender. Wir sind da doch in intensiven Diskussionen mit TRIMET gewesen. TRIMET sagt, sie können in den laufenden Produktionsprozess in ihren Straßen sechs Pumpspeicherwerke bauen. Das ist also eine Anlage bei ihrer normalen Tätigkeit, Aluminium herzustellen, Rohstoffe herzustellen usw. Einen Pumpspeicher zu betreiben, das kostet Geld. Das müssen die dann auch bekommen. Als TRIMET das gesagt hat, habe ich nur mitgekriegt, dass auch die chemische Industrie im Bereich der PVC-Herstellung angekommen ist und gesagt hat: Wir haben auch Potenziale gerade bei der PVC-Herstellung.

Das heißt, wir sind in einer Situation, in der wir alles, was wir an Speichermöglichkeiten haben, entwickeln müssen und gucken müssen, dass wir das wirtschaftlich kriegen. Das sind Kurzzeitspeicher zur Netzstabilität, Batteriespeicher. Das sind die Pumpspeicher, die es als Sektorkopplung in der Industrie gibt. Dann ist natürlich die langfristige, große Perspektive, über die Wasserstofftechnologie die Gasinfrastruktur zu nutzen. Deswegen haben ja die Stadtwerke Düsseldorf die modernste Gaskraftwerksanlage, die es gibt, in Deutschland hier gebaut und sagen, das ist ein Kraftwerk, das Power-to-Gas-ready ist in der Langfristperspektive.

In der Kommission, kann ich nur sagen, wurde für die Jahre bis 2025 kein Problem gesehen. Dann muss nachgesteuert werden. Diese Forschungs- und Entwicklungsarbeit müssen wir in der ganzen Breite jetzt angehen, weil wir tatsächlich nicht wissen, was dann dazu Rechnung trägt. Aber das ist eine Aufgabe, die überall ansteht.

Ich kann mich ja nur freuen, dass der Zuschlag an Professor Winter nach Münster gegangen ist. Das ist ein hervorragendes Institut. Da haben wir mal eine gemeinsame Einschätzung. Dass das für Nordrhein-Westfalen gekommen ist, ist auch gut. Dann wollen wir gucken, dass wir damit auch ein Stück weiter kommen in der Energiewende.

Volker Backs (Hydro Aluminium Deutschland GmbH): Vielleicht ganz kurz: Wir sollten Sie nicht in Konfusion zurücklassen. Natürlich habe ich keine Ursachen für die Abschaltungen im Rahmen der Abschaltverordnung und der jetzt bekannt werdenden Berichterstattung genannt. Ich bin nur persönlich unsicher, ob Händler unser Stromnetz beeinflussen können. Denn das Stromnetz ist etwas Physikalisches. Das ist immer Stromproduktion und Stromabnahme. Da kannst du handeln, wie du willst, damit bringst du kein physikalisches Stromnetz aus der Balance. Das ist zumindest meine Meinung. Darüber müsste man vielleicht noch einmal nachdenken, wenn man da Unklarheiten hat.

Ich habe die Frage jetzt verstanden. Wenn alles, was die WSB-Kommission empfohlen hat, umgesetzt ist, kann man dann investieren? – Zunächst: Sehr viel, was die WSB-Kommission empfiehlt, bleibt unklar. Auch der Bericht als solcher – ich habe ihn mehrfach gelesen – bleibt inkonsistent in wesentlichen Punkten. Sehr einfach kann man Ausstiegstermine festlegen, und – wie Herr Hennig schon ausführte – wenn man dann

den Ausstiegstermin auch gesetzlich festlegt, muss man auch aus meiner Sicht festlegen, welche Kompensationsmaßnahmen man denn ergreifen will, weil das zusammenhängt. Nicht erst Ausstieg und dann mal gucken, sondern beides gehört ganz klar zusammen. Das ist auch der Spirit dieses Dokuments.

Zu meiner Industrie und der Frage, wann man investieren kann – vielleicht stellvertretend für die energieintensive Industrie –: Es ist erst einmal sehr weit unverstanden gewesen und vielleicht auch jetzt noch nicht immer klar, dass die der Energieerzeugung nachgelagerte Industrie überhaupt betroffen ist. Das muss man sich vergegenwärtigen. Denn Energie ist kein Selbstzweck. Die wird für uns produziert und ausdrücklich für die Industrie in Nordrhein-Westfalen im internationalen Wettbewerb. Da brauchen wir wettbewerbsfähige Konditionen.

Sehr häufig wird gesagt: Aber ihr Energieintensiven habt doch Kompensationen, und euch geht es doch gut. – Die Kompensationen haben wir für politische Preiselemente, die unsere Wettbewerber nicht in der Höhe oder überhaupt nicht haben.

Da haben wir einmal das EEG, das immer genannt wird. Das gibt es nur in Deutschland. Das hat der Wettbewerb nicht. Da sind wir nicht vollständig ausgenommen. Da zahlen wir auch, allerdings einen anderen Tarif.

Dann werden sehr häufig CO_2-Kompensationen erwähnt. Es ist so, dass die maximale Kompensation für CO_2, was es nur in Europa gibt, 75 % ist. Wenn der CO_2-Preis pro Tonne, den man dann umrechnen muss auf die Megawatt, drei Euro ist, dann mag das vertretbar sein, wobei auch drei Euro ein klarer Nachteil für energieintensive Betriebe sind. Nur wenn das wie jetzt 26 oder 27 Euro sind, dann zahlen wir 25 %, und das ist signifikant.

Dadurch, dass wir jetzt politisch induziert die günstige Braunkohle herausnehmen, die durch irgendetwas Teureres kompensiert werden muss, braucht man eine weitere Kompensation. Es ist nicht damit getan, das EEG beizubehalten. Es ist auch nicht damit getan, sich die CO_2-Kompensationen noch einmal anzugucken. Wir brauchen für diesen Merit-Order-Change, also diesen Brennstoffwechsel von Kohle zu Gas, wenn er denn kommt, einen Ausgleich.

Da bin ich erstens unsicher, ob das verstanden worden ist. Zweitens. Ich arbeite gerade mit einer Universität und einem unserer führenden Verbände zusammen daran, der Politik einen Vorschlag zu machen, wie denn so etwas überhaupt aussehen kann, weil ich glaube, dass es da noch große Unklarheiten gibt. Dem Thema müssen wir uns ganz einfach nähern und das letztendlich auch in ein Gesetz gießen, weil wir sonst beschädigt werden würden.

Zu Ihrer klaren Frage: Wenn die Effekte, die eintreten können, entweder vermieden werden oder kompensiert werden, können wir natürlich investieren. Das werden wir auch tun.

Vorsitzender Georg Fortmeier: Vielen Dank, Herr Backs. – Damit sind wir auch mit der dritten Runde durch und damit auch am Ende der Anhörung. Sehr geehrte Frau Rauser, meine Herren Sachverständige, vielen Dank dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, mit uns dieses Thema zu diskutieren. Wir werden jetzt das Protokoll

abwarten und das dann im Ausschuss in einer Debatte auswerten und diskutieren und dann zu einer Entscheidung über den Antrag der AfD-Fraktion kommen. Herzlichen Dank, dass Sie hier waren. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Nachmittag.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

Anlage
05.08.2019/07.08.2019
73

Stand: 02.07.2019

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
"**Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreissteigerungen entgegen treten: Kohleverstromung erhalten“**
Antrag der Fraktion der AfD, Drucksache 17/5075

am Mittwoch, dem 3. Juli 2019,
13.00 Uhr, Raum E 3 D 01

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Hydro Aluminium Deutschland GmbH Volker Backs Grevenbroich	**Volker Backs**	**17/1652**
IG BCE Landesbezirk Nordrhein Manuel Rendla Düsseldorf	**Manuel Rendla**	**---**
BDEW – Landesgruppe NRW Düsseldorf	**Sabine Rauser**	**17/1662**
Landesverband Erneuerbare Energien e.V. Reiner Priggen Düsseldorf	**Reiner Priggen**	**17/1689**
Fortschritt in Freiheit e.V. Professor Dr. Helmut Alt Köln	**Professor Dr. Helmut Alt**	**17/1650**
Frank Hennig Peitz	**Frank Hennig**	**17/1649**